

Wolfgang Braumandl
Christian Desbalmes

Nachrichtendienstliche Kooperation der EU im Kampf gegen Terrorismus

Eine Bestandsaufnahme 2006



1/2007

Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie





Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Wolfgang Braumandl
Christian Desbalmes

Nachrichtendienstliche Kooperation der EU im Kampf gegen Terrorismus

Eine Bestandsaufnahme 2006

1/2007

Wien, Februar 2007

Impressum:

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Herausgeber:

© BMLV / LVAk

Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Layout und Grafik:

Medienstelle LVAk

Druck und Endfertigung:

Reprozentrum Wien

1070 Wien, Stiftgasse 2a

Erscheinungsjahr: 2007

ISBN 3-902456-63-9

ReproZ Wien 2576/07

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	5
A. Einleitung.....	7
<i>A. 1. Absicht und Zielsetzung der Arbeit</i>	<i>7</i>
<i>A. 2. Aufbau der Arbeit.....</i>	<i>7</i>
<i>A. 3. Angewandte Methodik.....</i>	<i>8</i>
<i>A. 4. Forschungsgrundlagen</i>	<i>8</i>
I. Die Bedeutung von Intelligence	11
<i>I. 1. Was ist Intelligence?</i>	<i>11</i>
<i>I. 1. 1. Mehr als nur Wissen.....</i>	<i>13</i>
<i>I. 1. 2. Intelligence als „Handwerk“</i>	<i>13</i>
<i>I. 1. 3. Legitimität</i>	<i>14</i>
<i>I. 1. 4. Abgrenzungen und Spezialisierungen.....</i>	<i>14</i>
<i>I. 1. 5. Trend</i>	<i>15</i>
<i>I. 2. Wie funktionieren Nachrichtendienste?</i>	<i>16</i>
<i>I. 2. 1. Zweck und Aktivitäten</i>	<i>17</i>
<i>I. 2. 2. Arbeitsweise</i>	<i>18</i>
II. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.....	23
<i>II. 1. Institutionen und Akteure der GASP/ESVP</i>	<i>23</i>
<i>II. 2. Konsequenzen für die Intelligencekooperation.....</i>	<i>26</i>
III. Hauptbedrohungen	27
<i>III. 1. Das neue Bedrohungsbild</i>	<i>27</i>
<i>III. 1. 1. Terrorismus</i>	<i>28</i>
<i>III. 1. 2. Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.....</i>	<i>31</i>
<i>III. 1. 3. Regionale Konflikte</i>	<i>32</i>
<i>III. 1. 4. Scheitern von Staaten</i>	<i>32</i>
<i>III. 1. 5. Organisierte Kriminalität</i>	<i>34</i>
<i>III. 2. Zusammenhänge zwischen den Bedrohungen</i>	<i>35</i>
<i>III. 2. 1. Bedrohungsdreieck.....</i>	<i>37</i>
<i>III. 2. 2. Auswirkungen auf Europa</i>	<i>38</i>

IV. Zielsetzung – Umfassende Sicherheit	41
<i>IV. 1. Dimensionen Umfassender Sicherheit</i>	<i>41</i>
<i>IV. 2. Umfassende Sicherheit in der ESS</i>	<i>42</i>
<i>IV. 3. Problembereich – Sicherheit und Freiheit</i>	<i>44</i>
V. Politische und strategische Maßnahmen	49
<i>V. 1. Europäische Sicherheitsstrategie</i>	<i>49</i>
<i>V. 2. Haager Programm</i>	<i>51</i>
<i>V. 2. 1. ESS und Haager Programm - Prävention und Schutz.....</i>	<i>53</i>
<i>V. 3. EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung.....</i>	<i>54</i>
<i>V. 4. Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung.....</i>	<i>57</i>
<i>V. 5. Vorläufiges Fazit.....</i>	<i>57</i>
VI. Operative Maßnahmen.....	61
<i>VI. 1. Dreidimensionales Kohärenzmodell</i>	<i>61</i>
<i>VI. 2. Intelligencekooperation in der zweiten Säule</i>	<i>63</i>
<i>VI. 2. 1. Situation Center.....</i>	<i>63</i>
<i>VI. 2. 2. Intelligence Division.....</i>	<i>65</i>
<i>VI. 2. 3. EU-Satellitenzentrum</i>	<i>66</i>
<i>VI. 3. Intelligencekooperation in der dritten Säule.....</i>	<i>69</i>
<i>VI. 3. 1. Europäische Polizeibehörde.....</i>	<i>69</i>
<i>VI. 4. Defizite</i>	<i>71</i>
<i>VI. 4. 1. Nationale Interessen und Kooperationsbereitschaft</i>	<i>71</i>
<i>VI. 4. 2. Defizite der Kohärenz.....</i>	<i>72</i>
<i>VI. 5. Möglichkeiten zur Optimierung</i>	<i>75</i>
VII. Schlussbetrachtung.....	79
Anhang	83
<i>Abkürzungsverzeichnis.....</i>	<i>83</i>

Vorwort des Herausgebers

Die Terroranschläge vom 11. September 2001, in Madrid 2004 und London 2005 haben nicht nur das Netzwerk al Qaida, sondern auch deren ideologische Leitfigur Osama bin Laden schlagartig ins internationale Rampenlicht gebracht. Nachrichtendienste, deren Hauptaufgabe gerade in der Abwehr derartiger Anschläge besteht, waren der zweite Akteur, der plötzlich in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung breite Aufmerksamkeit erfuhr. Über alle Vorwürfe des Versagens hinweg entstand breiter Konsens über ihre unbestreitbare Notwendigkeit und steigende Bedeutung in einer Zeit sicherheitspolitischer Ungewissheit.

In einer umfassenden Diskussion kam aber auch klar zum Ausdruck, dass einem transnationalen Bedrohungsphänomen wie dem Terrorismus nicht mehr ausschließlich nationalstaatlich begegnet werden kann. Eine enge Kooperation zwischen Nachrichtendiensten, verbunden mit dem Austausch sensibelster Informationen, wurde daher zum realpolitischen Erfordernis. Das Einsatzspektrum beschränkt sich dabei keinesfalls auf die Homeland Security, sondern umfasst ebenso das Engagement im internationalen Konflikt- und Krisenmanagement oder etwaige Evakuierungsmaßnahmen.

Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit wurde daher zwangsläufig auch zu einem bestimmenden sicherheitspolitischen Element innerhalb der EU. Wolfgang Braumandl, ein aufstrebender Forscher des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) und Christian Desbalmes (TherMilAk) gehen daher in der vorliegenden Arbeit der Frage nach dem aktuellen Stand der Kooperation in diesem höchst sensiblen Bereich nach. Dies ist – abgesehen von der funktionalen Bedeutung – auch deshalb von Interesse, weil der Grad der Zusammenarbeitswilligkeit der EU-Staaten auch als Indikator für den Integrations- und Vertiefungsprozess gesehen werden kann.

Das besondere dieser Studie besteht darin, dass sie einem mit der Materie nicht vertrauten Leser eine thematische Einführung bietet, die einem logischen und stringenten Aufbau folgt. So schließen die Autoren nach Darstellung der Rahmenbedingungen und bestehender Konzepte auf

strategischer und operativer Ebene bei den aktuellen Maßnahmen der EU konsequent mit der Frage nach Verbesserungsmöglichkeiten. Informativ Grafiken dienen der Veranschaulichung und dem besseren Verständnis.

Diese Broschüre stellt Hintergrundwissen bereit, das nicht nur dem sicherheitspolitischen Analytiker, sondern auch jedem interessierten Leser sehr nützlich sein kann.

Der Leiter des Institutes
für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
an der Landesverteidigungsakademie

Bgdr Dr. Walter Feichtinger

A. Einleitung

A. 1. Absicht und Zielsetzung der Arbeit

Die vorliegende Analyse stellt im Wesentlichen eine **politikwissenschaftliche Bestandsaufnahme der Zusammenarbeit in der Europäischen Union (EU) im Intelligencebereich** dar. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beleuchtet die Arbeit Strukturen und Verfahren derzeit bestehender Kooperationen vor dem Hintergrund der Kohärenz und Effektivität. Ferner werden die Stärken und Schwächen der europäischen Intelligencekooperation aufgezeigt.

Des Weiteren wird in der Analyse, auf Grund von bestehenden wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema Intelligence, auf **mögliche Weiterentwicklungs- und Verbesserungsansätze** eingegangen, um die Divergenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu minimieren.

A. 2. Aufbau der Arbeit

Um dem Leser ein besseres Verständnis von der nachrichtendienstlichen Dimension der EU zu vermitteln, befasst sich die Arbeit vorerst mit verschiedenen **wissenschaftlichen Ausarbeitungen zum Faktor „Intelligence“**, um mögliche Definitionen des Begriffes darzustellen. Zusätzlich wird die grundsätzliche Funktion und Arbeitsweise einer nachrichtendienstlichen Organisation mit Hilfe von vereinfachten Skizzen verdeutlicht.

Im Kapitel „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU werden die **Institutionen und Akteure der GASP sowie ESVP** vorgestellt und ihre Bedeutung für die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit im Rahmen aktueller Erfordernisse und des Krisenmanagements beleuchtet.

Danach geht die Arbeit auf die neue **sicherheitspolitische Situation in Europa** ein und beschreibt das aktuelle Bedrohungsbild, welches sich von demjenigen des Kalten Krieges deutlich unterscheidet. Insbesondere wird auf das Bedrohungsbild „Terrorismus“ eingegangen, das als das gefährlichste Element einzustufen ist.

In weiterer Folge werden dann die **sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen** der EU (z.B. Bedrohungsbild) analysiert, um den politischen Stellenwert der umfassenden Sicherheitskonzeption zu verdeutlichen. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen waren schließlich für die Formulierung weiterer politischer und strategischer Maßnahmen verantwortlich, dazu zählen vor allem die **Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)** und das **Haager Programm**.

Das Kapitel „**Operative Maßnahmen**“ analysiert die europäische Intelligencekooperation vor dem Hintergrund einer **kohärenten Netzwerkpolitik zur Terrorismusbekämpfung**. Dabei wird deutlich, dass die nachrichtendienstliche Kooperation zwischen der zweiten und dritten Säule verbessert werden muss. Als Lösungsvorschlag für eine kohärente Intelligencepolitik zur Terrorismusbekämpfung wird eine stärkere Vernetzung der nachrichtendienstlichen Kommunikationskanäle eingefordert.

A. 3. Angewandte Methodik

Für die Studie wurde der **empirisch-analytische Ansatz** verwendet, um mit Hilfe von **Primär- und Sekundäranalysen** sowie **Expertengesprächen** den Forschungsgegenstand behandeln zu können. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden ausschließlich **offenen Quellen** entnommen und anhand des aktuellen Forschungsstands evaluiert, dabei wurde auf den „Theorieansatz“ von **Kohärenz** und **europäischer Vernetzung** in der Anti-Terrorpolitik zurückgegriffen.¹

A. 4. Forschungsgrundlagen

Obwohl der nachrichtendienstliche Informationsaustausch für die EU immer wichtiger wird, gibt es noch keine umfassende wissenschaftliche Debatte über diesen speziellen Politikbereich. Erste Ansätze dazu finden sich bei **Ole R. Villadsen** vom Center for Intelligence Studies der CIA

¹ Vgl. hierzu die Fachpublikationen von Björn Müller-Wille: For our eyes only? Shaping an intelligence community within the EU. Occasional Papers 50, EU-ISS, Paris, Jänner 2004 und Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung der EU: Schritte zu einer kohärenten Netzwerkpolitik. SWP-Studie, S21, August 2006.

(CIS), **Alessandro Politi** vom Institut für Sicherheitsstudien (EU-ISS), **John Nomikos**² vom griechischen Research Institute for European and American Studies (RIEAS), **Peter Gill** von der Liverpool John Moores University (LJMU), **Antoni Podolski** vom polnischen Centrum Stosunkow Miedzynarodowych (CSM) und beim Center for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) in Genf. Zu den neuesten fachspezifischen Publikationen gehören „For our eyes only“ von **Björn Müller-Wille** (EU-ISS) und „Die Terrorismusbekämpfung der EU“ von **Anne-gret Bendiek** von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin (SWP). Auch der wissenschaftliche Aufsatz „Intelligence – Strukturen für die multilaterale Kooperation europäischer Staaten“ von **Anna Daun** (Universität Köln) geht der Frage nach, welche Intelligencestrukturen die EU bisher aufgebaut hat. In Österreich beschäftigen sich insbesondere **Franz Berndorfer**³, **Alfred Schätz**⁴, **Thomas Pankratz**⁵, **Andrea Riemer**⁶ vom Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) und **Gert Rene Polli**⁷ vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) sowie der Historiker **Siegfried Beer**⁸ von der Karl-Franzens-Universität in Graz mit Intelligence. Neben den erwähnten Autoren und wissenschaftlichen Publikationen, die sich überwiegend

² Vgl. hierzu John M. Nomikos: A European Union Intelligence Service for Confronting Terrorism. In: International Journal of Intelligence and Counterintelligence. 18/2005, S. 191–203.

³ Vgl. hierzu Franz Berndorfer: Europa und die Dimension der Proliferation: die Nichtweiterverbreitungspolitik der Europäischen Union. Dissertation. Universität Wien, 2004.

⁴ Vgl. hierzu Alfred Schätz: Der transnationale Terrorismus nach dem 11. September – Sicherheitspolitische und nachrichtendienstliche Konsequenzen. In: ÖMZ. 3/2002, S. 279–288.

⁵ Thomas Pankratz beschäftigte sich im Rahmen seiner Lehrtätigkeit an der Universität Wien mit dem Faktor Intelligence. Vgl. hierzu das Proseminar aus Internationaler Politik mit dem Titel „Intelligence Community – Nachrichten- und Geheimdienste der Welt. 2004.

⁶ Andrea Riemer widmet sich vor allem dem intelligencerelevanten Teilbereich der Krisenfrüherkennung und ist Mitglied des Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies (ACIPSS) in Graz.

⁷ Vgl. hierzu Gert Rene Polli / Peter Gridling: Der 11. September und seine Auswirkungen auf die Terrorismusbekämpfung. In: ÖMZ, 4/2002, S. 405–414.

⁸ Professor Beer ist Gründer der wissenschaftlichen Forschungseinrichtung ACIPSS. Vgl. Webseite der Organisation <<http://www.acipss.org/>>, abgerufen am 040107.

mit den Perspektiven, Defiziten und Möglichkeiten der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit auseinandersetzen, findet man auch noch kritische **Kommentare** in diversen Tages- und Wochenzeitungen sowie im Internet.⁹

⁹ Vgl. hierzu Harald Neuber: Alle Geheimdienste sind undemokratisch. Online-Dokument <<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/9/9033/1.html>>, abgerufen am 30.10.06; John Nomikos: Artificial Intelligence. Online-Dokument <http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=3350> und Link-Sammlung von Aufsätzen zum Thema EU-Intelligence. Online-Dokument <http://www.worldsecuritynetwork.com/_dsp/dsp_authorBio3.cfm?authID=95>, abgerufen am 04.11.06 sowie The European Union's Proposed Intelligence Service. Online-Dokument <http://www.pintr.com/report.php?ac=view_printable&report_id=316&language_id=1>, abgerufen am 05.11.06. Thorsten Wetzling: Concerted high politics in the absence of angels? European intelligence governance and democratic accountability. Online-Dokument <www.mzes.uni-annheim.de/projekte/typo3/site/fileadmin/research%20groups/2/Uppsala/Paper%20Wetzling.pdf>, abgerufen am 05.11.06; Ole R. Villadsen: Prospects for a European Common Intelligence Policy. Online-Dokument <<https://www.cia.gov/csi/studies/summer00/art07.html>>, abgerufen am 05.11.06.

I. Die Bedeutung von Intelligence

I. 1. Was ist Intelligence?

Wissenschaftliche Versuche, den Begriff „Intelligence“ einheitlich zu definieren, sind bis heute fehlgeschlagen. Der internationale Terrorismusforscher und Intelligenceexperte **Walter Laqueur** stellt fest, dass alle Bestimmungsversuche von Intelligence „misslungen“ sind.¹⁰ Auch der US-amerikanische Intelligenceexperte **Michael Warner** bestätigt in seinem wissenschaftlichen Artikel in der CIA-Publikationsserie **Studies in Intelligence** das **Fehlen einer allgemein akzeptierten Definition** von Intelligence.¹¹ Viele Fachpublikationen¹² zum Thema Intelligence beginnen daher mit einer „Eigendefinition“ des Gegenstandes, ohne dabei auf bestehende Definitionsansätze zurückzugreifen. Im Gegensatz zu den zahlreichen Fachpublikationen mit einer „individuellen“ Intelligencedefinition versucht die vorliegende Arbeit, auf einen Intelligencebegriff aufzubauen, der sich aus der politischen Praxis ableiten lässt.¹³

¹⁰ Walter Laqueur: *A World Of Secrets – The Use and Limits of Intelligence*. New York, 1985, S. 8.

¹¹ Vgl. hierzu Michael Warner: *Wanted: A Definition of “Intelligence”*. In: *Studies in Intelligence*. Online-Dokument <<http://www.cia.gov/csi/studies/vol46no3/article02.html>>, abgerufen am 031106.

¹² Vgl. folgende Publikationen: Loch K. Johnson / James J. Wirtz (Hrsg.): *Strategic Intelligence – Windows Into a Secret World – An Anthology*. Los Angeles, 2004; Bruce D. Berkowitz / Allan E. Goodman: *Strategic Intelligence for American National Security*. Princeton, New Jersey, 1989; Bruce D. Berkowitz / Allan E. Goodman: *Best Truth – Intelligence in the Information Age*. New Haven, London, 2000; Bernd Jakob: *Geheime Nachrichtendienste und Globalisierung – Der Faktor „Intelligence“ zwischen staatenweltlicher Bedrohungsanalyse und weltgesellschaftlicher Risikoperzeption*. Reihe: Europäische Hochschulschriften. Berlin, Wien, 1998; Peter Gill: *Policing Politics – Security Intelligence and the Liberal Democratic State*. Reihe: *Studies in Intelligence*. London, 1994; Gregory Treverton: *Reshaping National Intelligence for an Age of Information*. Cambridge University Press, 2001; Walter Laqueur: *The Use and Limits of Intelligence*. London, 1995.

¹³ Vgl. Michael Warner: *Wanted* [Fn 11] und National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States: *The 9/11 Commission Report*. Online-Dokument <<http://www.9-11commission.gov/report/911Report.pdf>>, abgerufen am 291106, S. 399–428.

Ein operationalisierbarer und umfassender Intelligencebegriff beinhaltet nach **Michael Warner** folgende Kernelemente:¹⁴

- Intelligence bedeutet **systematisches Sammeln und Analysieren** von offenen, halboffenen und geheimen Informationen für die nationale Sicherheit und das internationale Krisenmanagement;
- Intelligence setzt die **Geheimhaltung** von Quellen und Methoden der Informationsbeschaffung voraus;
- Intelligence beruht auf der Fähigkeit zur kritischen Analyse und Erstellung von **Expertisen**;
- **Aufklärungsschwerpunkte** (je nach Bedrohungsbild): nationale, internationale und transnationale Akteure unterschiedlichster Art, z.B. Personen, terroristische Gruppierungen, NGOs, etc.;
- Intelligence bedeutet auch die **Produktion und Dissemination** von Informationen;
- Intelligence beinhaltet auch die **Anwendung von verdeckten Operationen** zur Beeinflussung von Regierungen und Organisationen.

Aus den oben genannten Kernelementen des Intelligencebegriffes leitet **Michael Warner** eine praxisorientierte Bestimmung ab:

„Intelligence is secret, state activity to understand or influence foreign entities.“¹⁵

Damit wird Intelligence als **Wissen und antizipatorische Information über (sicherheits-)politische Vorgänge und Entwicklungen in unserer Welt** begriffen. Diese begriffliche Auslegung stimmt auch mit einer

¹⁴ Vgl. hierzu a.a.O.

¹⁵ Michael Warner: Wanted [Fn 11].

europäischen Definition nach **Franz Berndorfer** überein, der im Sinne von **Max Gunzenhäuser** einen „erweiterten“ Intelligencebegriff vertritt:¹⁶

„Man versteht darunter besonders die Sammlung, Beurteilung und Weitergabe von (öffentlich zugänglichen oder geheim gehaltenen) Nachrichten (Informationen) in besonderen Dienststellen (Agencies und Services) für Zwecke der militärischen und politischen Führung (Generalstab oder Regierung), wobei die Berücksichtigung und Verwertung dieser Nachrichten bei militärischen und politischen Entscheidungen der obersten Führung überlassen bleibt.“¹⁷

I. 1. 1. Mehr als nur Wissen

Für das DCAF bedeutet Intelligence, in Übereinstimmung mit den vorangestellten Definitionen, die staatliche Fähigkeit zur strategischen Analyse und Antizipation von krisenhaften Entwicklungen. Intelligence wird daher als „**strategisches Wissen**“ bezeichnet, das mittels geheimer und offener Beschaffungsverfahren gewonnen wird. Es wird aber auch als **Organisation, Aktivität, Prozess** und **Produkt** aufgefasst. Damit folgt die Genfer Institution einer eher traditionellen Intelligence-Definition¹⁸, die ursprünglich vom US-amerikanischen Intelligence-Experten **Sherman Kent** in den 1950er-Jahren entwickelt wurde.¹⁹

I. 1. 2. Intelligence als „Handwerk“

Intelligence wird von US-amerikanischen Fachleuten weniger als eine konkrete „Wissenschaft“, sondern vielmehr als „**Handwerk**“ verstanden. Ein Handwerk mit **empirisch-analytischen Ansätzen** und **praxisorientierten Fähigkeiten**, die den beschafften Informationen in der

¹⁶ Vgl. hierzu Franz Berndorfer: Europa und die Dimension [Fn 3], 2004, S. 216–218.

¹⁷ Max Gunzenhäuser, zit. nach Franz Berndorfer: Europa und die Dimension [Fn 3], 2004, S. 216f.

¹⁸ Vgl. DCAF: Intelligence Services. Online-Dokument <http://www.dcaf.ch/_docs/bg_intelligence_services.pdf>, abgerufen am 12.09.06.

¹⁹ Vgl. hierzu Sherman Kent: Strategic Intelligence for American World Policy. Princeton, New Jersey, 1966.

Analyse einen nachrichtendienstlichen Mehrwert geben, der im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess und internationalen Krisenmanagement umgesetzt werden kann.²⁰

I. 1. 3. Legitimität

Die Legitimität der Nachrichtendienste (Methoden, Quellen, rechtlicher und politischer Autonomiegrad, u.ä.) leitet sich, nach **Walter Laqueur**, maßgeblich von der Bedeutung ihrer Intelligenceprodukte für die **nationale Sicherheitspolitik** ab („intelligence as a guide to action“²¹). Hier kommt die Theorie der „**nachrichtendienstlichen Kernstaatlichkeit**“ von **Peter Gill** zum Tragen, wonach das **Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit** auf die politische Verträglichkeit nachrichtendienstlicher Maßnahmen zurückzuführen ist.²²

I. 1. 4. Abgrenzungen und Spezialisierungen

Auf Grund unterschiedlicher Spezialisierungen von Nachrichtendiensten ergibt sich auch die Problematik der Abgrenzung von Intelligencekategorien. Intelligence wird von Fachleuten auch nach **strategischen, operativen und taktischen Gesichtspunkten** betrachtet.²³ Unterschiedliche Aufgaben führen aber zu weiteren institutionellen, methodischen und analytischen Spezialisierungen im Nachrichtendienstwesen, auf die im Rahmen der vorliegenden Studie nur am Rande eingegangen werden kann. Hierbei handelt es sich überwiegend um die **Problematik der Kategorisierung** von Intelligenceorganisationen, über die in der internationalen Intelligenceforschung kein Konsens besteht.²⁴

²⁰ Vgl. hierzu Robert Steele: *The New Craft of Intelligence – Citizen’s Action Handbook for Fighting Terrorism, Genocide, Disease, Toxic Bombs & Corruption*. Oakton, 2002.

²¹ Walter Laqueur: *The Use and Limits* [Fn 12], 1995, xxi.

²² Vgl. hierzu Peter Gill: *Policing Politics* [Fn 12], 1994, S. 48–90 und S. 274–310.

²³ Experten unterscheiden zusätzlich in grundlegende Intelligenceprodukte, die sich nach Sherman Kent in Basic Intelligence, Current Intelligence und Strategic Intelligence gliedern.

²⁴ Vgl. hierzu Loch K. Johnson / James J. Wirtz (Hrsg.) *Strategic Intelligence* [Fn 12], 2004, S. 2 sowie Gregory Treverton: *Reshaping National Intelligence* [Fn 12], 2001, S. 62–92.

Studien über Intelligence unterscheiden jedoch zwischen **Auslands- und Inlandsaufklärung (External Intelligence und Domestic Intelligence)**, danach werden ihre Mandate entlang „geografischer“ Gesichtspunkte bestimmt. Auf Grund des neuen Bedrohungsbildes verschwimmen die „traditionellen“ Grenzen zwischen Auslands- und Inlandsaufklärung. Dies führt teilweise zu einer institutionellen und organisatorischen Neugestaltung von Intelligenceorganisationen. Beide Kategorien von Intelligenceorganisationen haben in den vergangenen Jahren zusätzliche Mandate erhalten, die ihre institutionellen Kompetenzen gestärkt haben. Daher wird neben **Military Intelligence, Defense Intelligence, Security Intelligence** auch von **Criminal Intelligence**, „**Specialised National Centers**“ (z.B. National Counterterrorism Center, NCTC), etc. gesprochen. Einhergehend mit den neuen Bedrohungsbildern erfolgt in der Regel auch eine strukturelle Adaption nachrichtendienstlicher Organisationen.

I. 1. 5. Trend

Vor allem spezialisierte Organisationen und „Task Forces“ verdeutlichen eine Abkehr von traditionellen Organisationsstrukturen und die Hinwendung zu **verbundenen Intelligenznetzwerken**, um den Informationsaustausch zwischen den einzelnen Behörden zu verbessern.²⁵ Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Nachrichtendienste hat deutlich zugenommen. Dies ist vor dem Hintergrund einer „neuen al Qaida“ auch dringend erforderlich. Insbesondere die **Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten in den Herkunftsländern von Terroristen** wird immer bedeutsamer²⁶, weil terroristische Gruppierungen über ein weit verzweigtes Unterstützungsnetzwerk verfügen.²⁷

²⁵ Vgl. DCAF: Intelligence Services [Fn 18], S. 4.

²⁶ Vgl. NZZ: Kaida – ein loses Netz mit festen Knoten. Online-Dokumente <<http://www.nzz.ch/2006/08/19/al/articleEEAES.html>>, abgerufen am 14.09.06.

²⁷ Dschihadis sprechen mittlerweile selbst von einem Netzwerk. Vgl. das Internet-Forum „an-Nusra“ (www.alnusra.net/vb), abgerufen am 18.12.06.

I. 2. Wie funktionieren Nachrichtendienste?

Nachrichtendienste²⁸ haben insbesondere in den vergangenen fünf Jahren stark an **sicherheitspolitischer Bedeutung** gewonnen, weil sie als Instrumente demokratischer Gesellschaften angesehen werden, mit denen die neuen Bedrohungen bekämpft werden können. Vor allem in der Terrorismusbekämpfung kommen Nachrichtendienste verstärkt zum Einsatz. Dass eine erfolgreiche Bekämpfung terroristischer Gruppierungen möglich ist, verdeutlichen vereitelte Anschläge (Operation Bojinka 1995²⁹, verhinderter Sprengstoffanschlag auf mehrere Passagiermaschinen 2006³⁰ und vereitelte Bahn-Anschläge in Deutschland 2006³¹), welche auf der al Qaida-Ideologie eines weltweiten Glaubenskrieges gegen den „dekadenten Westen“ beruhen.³² In diesem Zusammenhang ist eine kurze Erörterung der grundlegenden Funktions- und Arbeitsweisen von westlichen Nachrichtendiensten zweckmäßig.

²⁸ Der Begriff „Nachrichtendienst“ ist mit dem englischen Wort „*intelligence organization*“ gleichzusetzen. Er verdeutlicht auch eine qualitative Trennung zwischen Nachrichtendienst und Geheimdienst. Geheimdienste werden in der Intelligenzeforschung grundsätzlich auf Organisationseinheiten totalitärer Regierungen bezogen. Sie dienen insbesondere den Machtinteressen einer kleinen Herrschaftselite. In Österreich unterscheidet man in Nachrichtendienste und in sicherheitspolizeiliche Behörden (z.B. Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, BVT). Nachrichtendienste dürfen auf der Grundlage ihrer Mandate Quellen führen; Sicherheitsbehörden sind hierzu nicht befugt. Ihre Befugnisse werden durch kriminalpolizeiliche Ermittlungen bestimmt.

²⁹ Vgl. hierzu Rohan Gunaratna: *Inside Al Qaeda – Global Network of Terror*. New York, 2003, S. 233f.

³⁰ Vgl. hierzu CNN.com: 15 now charged over UK 'air plot'. Online-Dokument <[http:// edition.cnn.com/2006/WORLD/europe/08/29/uk.terror/index.html](http://edition.cnn.com/2006/WORLD/europe/08/29/uk.terror/index.html)>, abgerufen am 140906.

³¹ Vgl. hierzu Focus Online: Kofferbomben – Speisestärke sollte Leiden erhöhen. Online-Dokument <http://www.focus.de/politik/deutschland/kofferbomben_nid_35181.html>, abgerufen am 291106.

³² Vgl. hierzu Walter Laqueur: *Krieg dem Westen – Terrorismus im 21. Jahrhundert*. Berlin, 2004; Peter L. Bergen: *Holy War Inc. – Inside the Secret World of Osama bin Laden*. New York, 2002; Rohan Gunaratna: *Inside Al Qaeda* [Fn 29], 2003; Ian Buruma / Avishai Margalit: *Okzidentalismus – Der Westen in den Augen seiner Feinde*. München, Wien, 2005; Walter Feichtinger / Sibylle Wentker (Hrsg.): *Islam, Islamismus und islamischer Extremismus – Eine Einführung*. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie. Wien, 15/2005.

I. 2. 1. Zweck und Aktivitäten

Welche grundlegenden Aufgabenstellungen können Nachrichtendienste für Demokratien erfüllen? DCAF nennt hier folgende Aspekte, die von Nachrichtendiensten wahrgenommen werden: Erstens obliegt ihnen die **nachrichtendienstliche Analyse** in relevanten Sicherheitsfeldern, die sich auf nationale Sicherheitsinteressen auswirken können. Damit decken sie jene Bedrohungsszenarien ab, die aus nationaler Sicht einen hohen Stellenwert haben (**nationale Bedrohungswahrnehmung**), um schließlich die Politik und Gesellschaft vor Konflikten frühzeitig warnen zu können (**Früherkennung von Krisen**). Zweitens sind Nachrichtendienste in das **nationale und internationale Krisenmanagement** eingebunden, um die verantwortlichen Stellen mit entsprechendem Wissen zu versorgen. Sie sind damit auch Teil einer umfassenden Krisenreaktionsfähigkeit, die sowohl zivile, wie auch militärische Mittel berücksichtigt. Drittens **unterstützen** Intelligenceorganisationen den **Planungsprozess** neuer Verteidigungssysteme sowie die **operative und taktische Ebene** während eines militärischen Einsatzes. Viertens obliegt ihnen **Counterintelligence** (CI), um eigene Quellen, Informanten, Informationen und Operationen vor feindlicher Spionage, Subversion und Sabotage zu schützen.³³ Das von DCAF entwickelte Aufgabenspektrum von Intelligenceorganisationen deckt sich auch mit den EU-Anforderungen im Bereich der Terrorismusbekämpfung.³⁴

Mit Hilfe von **nachrichtendienstlichen Methoden** versuchen moderne Nachrichtendienste, das oben genannte Aufgabenspektrum zu erfüllen. Hierbei stehen ihnen die **geheime und offene Beschaffung, integrative Analyse** sowie **Covert Operations** (Verdeckte Operationen) zur Verfügung.³⁵

Die **Beschaffung** sammelt relevante Informationen, um gezielte und bedarfsorientierte Analysen über einen bestimmten Konflikt und/oder

³³ Vgl. hierzu DCAF: Intelligence Services [Fn 18], S. 2.

³⁴ Vgl. hierzu Franz Berndorfer: Europa und die Dimension [Fn 3], 2004, S. 218.

³⁵ Oftmals ist eine eindeutige Trennung zwischen nachrichtendienstlichen Aktivitäten und Methoden nicht immer möglich. So bezeichnen z.B. Covert Operations sowohl eine Aktivität als auch eine Methode. Vgl. a.a.O.

eine Bedrohung erstellen zu können. Diese Konfliktanalysen dienen schließlich als sicherheitspolitische Entscheidungsgrundlage im Bereich der nationalen und internationalen Sicherheit.

Counterintelligence behindert die gegnerische Aufklärung und unterbindet subversive Aktivitäten sowie Sabotageakte. Dem **CI-Bereich** stehen **defensive** und **offensive Instrumente** für den Schutz der nachrichtendienstlichen Informationsstrukturen zur Verfügung. Als defensive Methoden gelten vor allem Verlässlichkeits- und Sicherheitsüberprüfungen. Eine offensive Vorgehensweise beinhaltet die Gegenspionage sowie Operationen zur Durchdringung, Irreführung und Manipulation gegnerischer Organisation.³⁶ **Verdeckte Operationen** werden zur **indirekten Beeinflussung und Steuerung** von gegnerischen politischen und militärischen Akteuren angewendet. Obwohl sie eine „Grauzone“ zwischen diplomatischen und militärischen Optionen belegen, werden sie in der Regel als ein militärisches Instrument aufgefasst, welches vor allem den großen Nachrichtendiensten zur Verfügung steht. Unter Covert Operations versteht das DCAF **Propaganda, Unterstützung** von fremden politischen und militärischen Gruppierungen, **Förderung** von Regierungen sowie die **Unterbindung** von illegalen Aktivitäten auf fremdem Boden.³⁷

I. 2. 2. Arbeitsweise

Nachrichtendienstliche Erkenntnisse werden in einem festgelegten Verfahren – im so genannten **Intelligence Cycle** (nachrichtendienstlicher Produktionszyklus) – erstellt. Dabei handelt es sich um einen Analysekreislauf mit fünf Schritten: Planung, Beschaffung, Auswertung, Analyse und Dissemination.³⁸ In der **Planungsphase** werden der Intelligencebedarf festgestellt, eine Prioritätenreihung erstellt und die Aufklärungsziele identifiziert. Mit Hilfe von **technischen und nichttechnischen**

³⁶ Vgl. hierzu DCAF: Intelligence Services [Fn 18], S. 2.

³⁷ Vgl. hierzu a.a.O.

³⁸ Vgl. insbesondere die Arbeiten von Bruce D. Berkowitz / Allan E. Goodman: Best Truth [Fn 12], 2000, S. 68 und Gregory Treverton: Reshaping National Intelligence [Fn 12], 2001, S. 106.

Beschaffungsansätzen³⁹ werden geheime, halboffene und offene Informationen gesammelt. Diese Informationen durchlaufen die **Auswertung**, um sie für die eigentliche Analyse aufzubereiten (z.B. Übersetzen von Fremdsprachentexten, E-Mail-Verkehr, etc.). Die **nachrichtendienstliche Analyse** wird als die Konversion von „Rohinformationen“ in „**Finished Intelligence**“ charakterisiert. Für den sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess müssen die Analysen inhaltlich und zeitlich relevant sowie ihre Schlussfolgerungen nachvollziehbar sein. Darüber hinaus wird Intelligence in einem bedarfsorientierten Verteilungsverfahren (**Dissemination**) an die politischen und militärischen Bedarfsträger übermittelt, dabei werden die Informationssicherheit und das „**Need-to-Know-Prinzip**“ berücksichtigt. Nach 9/11 kamen die US-Intelligencebehörden unter politischen Reformzwang, wodurch weitreichende institutionelle und verfahrenstechnische Verbesserungen vorgenommen wurden. Daher wurde die Forderung laut, das Need-to-Know-Prinzip durch das „**Need-to-Share-Prinzip**“ abzulösen.⁴⁰ Von einer vollständigen Ablösung des Need-to-Know-Prinzips kann aber heute noch nicht gesprochen werden, vielmehr versuchen moderne Nachrichtendienste, das bestehende bedarfsorientierte Verteilungssystem durch das Need-to-Share-Prinzip zu ergänzen. Als Folge einer erweiterten Verteilungspraxis von Intelligence erhoffen sich Experten einen breiteren und rascheren Informationszugang für die Terrorismusbekämpfung.⁴¹

³⁹ Unter technische Beschaffungsansätze fallen alle Aufklärungsmethoden, die luft-, see-, land- oder weltraumgestützte Plattformen verwenden. Zu den technischen Beschaffungsansätzen gehören: Signals Intelligence (SIGINT), Imagery Intelligence (IMINT, Satellitenaufklärung), Radar Intelligence (RADINT), u.a. Die Beschaffung mittels menschlicher Quellen (Agenten, Spione, Informanten, etc.) bezeichnet man als nicht-technische Aufklärung (Human Intelligence, HUMINT). HUMINT gewann mit der Terrorismusbekämpfung stark an Bedeutung. Teilweise wird auch die nachrichtendienstliche Analysefähigkeit als HUMINT bezeichnet.

⁴⁰ Need-to-Know bezeichnet ein bedarfsorientiertes Verteilungsprinzip, wonach nur wenige Entscheidungsträger für ihre Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche relevantes Intelligence erhalten (Need-to-Know als exklusiver Informationszugang). Need-to-Share charakterisiert dagegen einen „inkluisiven“ Informationszugang, um Entscheidungsträger mit einem breiteren Spektrum an vorhandenen Informationen zu versorgen.

⁴¹ Vgl. The 9/11 Commission Report [Fn 13], S. 417.

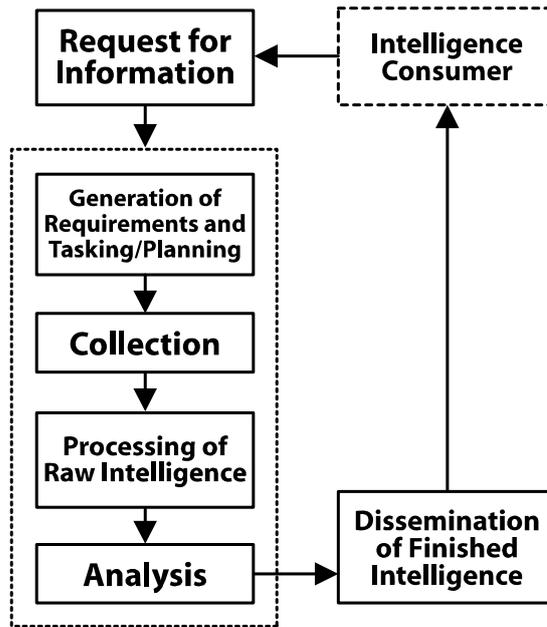


Abbildung 1: „Traditioneller“ Intelligence Cycle. Bruce Berkowitz / Allan Goodman: Best Truth, 2000, S. 68.

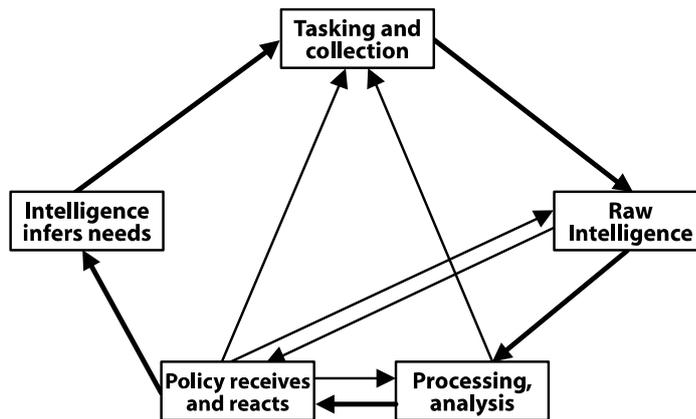


Abbildung 2: Real Intelligence Cycle. Gregory Treverton: Reshaping National Intelligence for an Age of Information, 2001, S. 106.

Abbildung 1 ist die grafische Darstellung des **traditionellen nachrichtendienstlichen Produktionszyklus**, der allerdings in der Realität sicherheitspolitischer und militärischer Entscheidungsprozesse eher dem „**Real Intelligence Cycle**“ (RIC, Abbildung 2) gleicht, weil operatives und taktisches Intelligence für unmittelbare Aktionen und Operationen angewendet wird. Das traditionelle Modell bleibt vor allem auf der politischen und strategischen Ebene erhalten. Der traditionelle nachrichtendienstliche Produktionszyklus gilt als theoretisches Erklärungsmodell für die Erstellung von Intelligence unter den Bedingungen **trinitarischer Konfliktbilder**. Der RIC entspricht dagegen dem **aktuellen Bedrohungs- und Informationsumfeld** (Informationsglobalisierung) sowie dem **Vernetzungsgedanken** in Politik und Militär. Er unterstützt auch so genannte „**Real Time Decisions**“ im militärischen Bereich. Somit können Entscheidungsträger direkt auf beschaffte und noch nicht analysierte Rohinformationen („Raw Intelligence“) zugreifen und die Informationen interpretieren. Dabei steigt allerdings das Risiko von Fehlinterpretationen. Damit wird auch der **klassische Trennungsimperativ**⁴² zwischen Intelligence und Politik von einem **strukturierten Dialog** zwischen beiden Bereichen („... the bright line“) abgelöst.⁴³

⁴² Sherman Kent hat in seinem Buch *Strategic Intelligence* [Fn 19], 1966 eine strikte Trennung von Intelligence und Politik (auch in räumlicher Hinsicht) eingefordert, um der Gefahr der politischen Instrumentalisierung vorzubeugen. Ein wesentlicher Nachteil dieses Modells betrifft die „Entfremdung“ beider Bereiche voneinander, wodurch gegenseitige Vorurteile und Missverständnisse gestärkt und gefördert werden. Gregory Treverton spricht sich heute für einen strukturierten Dialog („... the bright line“) aus, um Bedarfsträger in Politik und Militär mit den Intelligenceanalysten zusammenzuführen. Dadurch soll die Krisenkommunikation nachhaltig verbessert werden.

⁴³ Vgl. Gregory Treverton: *Reshaping National Intelligence* [Fn 12], 2001, S. 197–202.

II. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

II. 1. Institutionen und Akteure der GASP/ESVP

Um die Struktur und Funktionsweise in der **2. Säule des europäischen Hauses** zu verstehen, sollte sie als **Produkt einer Vielzahl einzelner Integrationsschritte** aufgefasst werden, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im außen- und sicherheitspolitischen Bereich abgespielt haben. Dabei ist festzustellen, dass bei dieser Integration in der zweiten Säule ein deutlich anderer Weg gegangen worden ist als in der ersten Säule (hohes Maß an Supranationalität). GASP und ESVP zeichnen sich durch ein **Nebeneinander von zwischenstaatlichen und supranationalen Elementen** aus, wobei die zwischenstaatlichen eindeutig dominieren. Außen- und Sicherheitspolitik sind jene zwei Politikbereiche, die als „klassische Domäne des souveränen Nationalstaates“ in Verbindung mit der jeweiligen politischen Kultur eines EU-Mitgliedstaates (EU-MS) die Zusammenarbeit gestalten.⁴⁴ Zu den **GASP-relevanten Institutionen** gehören: Europäischer Rat, Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Ratssekretariat (bestehend aus Strategieplanungs- und Frühwarninheit, Comité des représentants permanents (COREPER), EU-Militärausschuss (EUMC), EU-Militärstab (EUMS), Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (PSK) und Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements (CIV-COM).⁴⁵

⁴⁴ Vgl. hierzu Wolfgang Schumann: GASP/ESVP. Online-Dokument <http://www.dadalos-d.org/europa/grundkurs4/gasp_esvp.htm>, abgerufen am 30.10.06.

⁴⁵ Vgl. hierzu Wolfgang Schumann: GASP/ESVP [Fn 44] und Alexander Siedschlag / Franz Eder: Akteure und Zusammenspiel im EU-Krisenmanagement. In: Walter Feichtinger / Carmen Gebhard (Hrsg.): EU als Krisenmanager. Herausforderungen – Akteure – Instrumente. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie. Wien, 9/2006, S. 61–90 und Gunter Hauser: Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure. 3. Auflage. Landesverteidigungsakademie, Wien, Juli 2006, S. 40–43.

Als wesentliche Innovation der GASP gilt die Ernennung von **Javier Solana zum Hohen Vertreter für die GASP** durch den Europäischen Rat nach den Bestimmungen des EU-Vertrags (EUV) von Amsterdam (1997).⁴⁶ In seiner Person erhielt die europäische Außen- und Sicherheitspolitik einen versierten und ambitionierten Politiker mit umfassenden Erfahrungen im Bereich des internationalen Krisenmanagements. Er gilt als treibende Kraft zur Verbesserung der nachrichtendienstlichen Fähigkeiten im Bereich des EU-Krisenmanagements.

Im Rahmen der GASP wurde vom Europäischen Rat **2000 in Nizza die Schaffung der ESVP** beschlossen. Man hatte erkannt, dass die EU in der damaligen Situation blutige Auseinandersetzungen und Konflikte selbst in unmittelbarer Nachbarschaft (z.B. Balkan-Kriege) nicht verhindern konnte. Primär soll die ESVP die **Handlungsfähigkeit der EU bei der Krisenintervention sicherstellen** und nicht zuletzt der EU weiteres außen- und sicherheitspolitisches Gewicht verleihen.

Ziel der ESVP ist die Bewältigung der sogenannten **Petersberg-Aufgaben**. Hierzu gehören: **humanitäre Aufgaben** (Vor-Ort-Unterstützung der Zivilbevölkerung, Hilfeleistung bei Hungersnöten, Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, u.ä.), **Rettungseinsätze** (Evakuierung von Zivilisten aus Kriegs- und Krisengebieten), **friedenserhaltende Aufgaben** (Verhinderung von Eskalation und Ausweitung eines Konflikts, Überwachung von Waffenstillstandsabkommen, u.ä.) sowie **Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung** (Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens, Beendigung militärischer Konfrontationen, gewaltsame Trennung von Konfliktparteien, u.ä.).⁴⁷ Darüber hinaus ist die ESVP auch für Sicherheitsfragen der EU zuständig, dazu könnte die Herausbildung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zählen, sofern dies vom Europäischen Rat beschlossen würde.

⁴⁶ Javier Solana trat am 18. Oktober 1999 als erster Generalsekretär und Hoher Vertreter (GS/HV) der GASP sein Amt an. Vgl. Nicole Gnesotto: Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999–2004). Institut für Sicherheitsstudien, Paris, 2004, S. 309 und 313.

⁴⁷ Vgl. hierzu Gunther Hauser: Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem [Fn 45], 2006, S. 33.

Die GASP und ESVP werden von drei bedeutenden Einrichtungen unterstützt. Hierzu zählt das **EU-Institut für Sicherheitsstudien** (EU-ISS), welches Analysen, Studien und Grundlagen für Verhandlungen erstellt. Auch das **EU-Satellitenzentrum** (EUSC) in Torrejon (Spanien) unterstützt das europäische Krisenmanagement (Krisenprävention und Krisenbeobachtung). Mit der **Europäischen Verteidigungsagentur** (EVA)⁴⁸ wurde eine weitere Behörde geschaffen, um das militärische Beschaffungswesen in Europa zu verbessern. Koordinierung und Kooperation bei der Entwicklung und Anschaffung von modernen Waffensystemen sollen die europäischen Verteidigungsbudgets entlasten, um vorhandene Geldmittel effizienter nutzen zu können.⁴⁹

Im Rahmen des **Headline Goal 2010** haben sich die EU-MS zum Aufbau von 13 hochmobilen Kampftruppen (EU-Battlegroups) verpflichtet, die ohne **moderne Kommando- und Informationsstrukturen** kaum einsetzbar sind. Der Einsatz mobiler Kampftruppen kann ohne **Intelligencekapazitäten** nicht mehr erfolgen, wie die Erfahrungen aus den Balkan-Kriegen verdeutlichen.⁵⁰ Aber auch die politische Führung der EU ist im Entscheidungsfall auf Intelligence und Intelligencekooperation angewiesen.

Im Falle von EU-Militäreinsätzen liegt die politische Kontrolle und strategische Leitung beim Rat für Allgemeine Angelegenheiten und beim PSK. Derzeit verfügt die EU lediglich über begrenzte Planungs- und Durchführungskapazitäten für Militäroperationen, die sich auf Fähigkeiten einzelner Mitgliedstaaten abstützen. Insbesondere bei umfassenderen

⁴⁸ Vgl. hierzu ebd., S. 40.

⁴⁹ Vgl. hierzu die Internetportale von EU-ISS in Paris (<http://www.iss-eu.org/>), vom EU-Satellitenzentrum in Torrejon (<http://www.eusc.europa.eu/>) und der Europäischen Verteidigungsagentur (<http://www.eda.europa.eu/>).

⁵⁰ Im November 2002 beschloss die EU, 13 mobile Kampftruppen zu schaffen. Diese hochmobilen Einheiten bestehen aus jeweils 1500 Soldaten, die innerhalb von 10–15 Tagen zur Krisenintervention zur Verfügung stehen müssen. Sie sollen in einer Entfernung von etwa 6000 km vier Monate lang im Einsatz bleiben. Die volle Einsatzfähigkeit der EU-Kampftruppen soll 2007 erreicht werden.

Operationen, wie z.B. EUFOR Althea, kann die EU im Rahmen von Berlin Plus auch auf NATO-Mittel zurückgreifen.⁵¹

II. 2. Konsequenzen für die Intelligencekooperation

Die Institutionen und Akteure im Bereich der zweiten Säule haben **unterschiedliche thematische** und/oder **geografische Zuständigkeiten** im Sicherheitsbereich. Ihre Aktivitäten verlangen nach verschiedenen nachrichtendienstlichen Produkten. **Björn Müller-Wille** argumentiert, dass auf Grund von unterschiedlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten (militärisches und ziviles Krisenmanagement) nationale und europäische Intelligencekapazitäten – je nach ihren Zuordnungen in einen Bereich – den jeweiligen Erfordernissen entsprechen müssen. Müller-Wille spricht in diesem Zusammenhang von einem „**functional intelligence support**“ für ein breites Aufgabenspektrum europäischer Zuständigkeiten.⁵²

Durch die Schaffung operativer Fähigkeiten im Rahmen der ESVP als Instrument für ein glaubwürdiges europäisches Krisenmanagement haben die europäischen Regierungen die **militärische Dimension** der EU gestärkt. Die militärische Dimension unterliegt **geografischen und politischen Vorgaben**, die sich an den **Petersberg-Aufgaben** orientieren. Daher ist die kollektive Verteidigung oder die Durchführung präventiver Operationen für die EU nicht vorgesehen. So müssten Operationen im Zuge des „Global War on Terrorism“ (GWOT) auf der Basis von Ad-hoc-Koalitionen durchgeführt werden. Eine Ausweitung des operativen Rahmens der ESVP bringt notwendigerweise auch Neuerungen im nachrichtendienstlichen Bereich mit sich. Die Union wird sich vielmehr auf die Vorbereitung, Einsatzplanung und Durchführung von ESVP-Operationen – nach dem jeweiligen aktuellen Katalog – konzentrieren. Daher sollten sich die **rudimentären Intelligencefähigkeiten** der EU im militärischen Bereich auf die Petersberg-Aufgaben beziehen.⁵³

⁵¹ Vgl. Alexander Siedschlag / Franz Eder: Akteure und Zusammenspiel [Fn 45], 9/2006, S. 61–90.

⁵² Vgl. Björn Müller-Wille: For our eyes only? [Fn 1], 2004, S. 21.

⁵³ Vgl. ebd., S. 23.

III. Hauptbedrohungen

Unter Hauptbedrohungen werden jene sicherheitspolitischen Entwicklungen verstanden, die für die Sicherheit und Stabilität der EU eine Gefahr darstellen. Hier konzentrieren wir uns auf jene Bedrohungen, die in der **Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS)** als „Hauptbedrohungen“ identifiziert wurden.

III. 1. Das neue Bedrohungsbild

Die Genese des neuen Bedrohungsbildes steht im engen Verhältnis zu den historischen Umbrüchen in Europa, die durch die Beendigung des Kalten Krieges, Neuordnung der politischen Landschaft und Integrationsanstrengungen gekennzeichnet ist. Diese Entwicklungen wurden schließlich von regionalen Konflikten (z.B. Balkan-Kriege) und Terrorismus begleitet. Seit Ende der 1990er-Jahre dominieren **nichttrinitarische Konfliktszenarien** und **neue Bedrohungen** das europäische Sicherheitsdenken. Insbesondere Terrorismus wird als die vorherrschende Gefahrenquelle wahrgenommen. Der von den USA angeführte globale Krieg gegen den Terrorismus (GWOT) wird als Teil der weltweiten politischen Konflikte und „farbigen Revolutionen“ angesehen. Dadurch brechen vormals **ungelöste Konflikte** wieder aus, die **Johan Galtung** auf **strukturelle, globale Bruchlinien** zurückführt (ökonomische, militärische, nationale, kulturelle und imperiale Bruchlinien, u.a.), die ihrerseits bestehende Konflikte sowie latente Krisenherde beeinflussen und so das Bedrohungspotential für Europa verstärken.⁵⁴ Aber auch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW), Organisierte Kriminalität (OK), regionale Konflikte und schwache Staaten stellen eine zunehmend sicherheitsrelevante Bedrohungsform für Europa dar (Vgl. Abbildung 3, S. 36.). Auch andere Herausforderungen und mögliche Quellen für zukünftige Konflikte, wie z.B. die stetig wachsende Nachfrage Chinas und Indiens nach natürlichen Ressourcen könnten den **„Kampf um die Rohstoffe“**⁵⁵ (inkl. Fördergebiete, Förderanlagen und

⁵⁴ Vgl. Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung – Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt. Paris, 2006, S. 116–117.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 28–29 und Philippe Le Billon: Fueling War: Natural resources and armed conflicts. Reihe: Adelphi Papers. AP373. London, 2005, S. 29–49.

Transportwege) weiter verschärfen. Dieser Kampf um Rohstoffe hat politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf Länder der Dritten Welt, in denen **Verteilungskämpfe** zwischen rivalisierenden Clans und politischen Gruppierungen auch zu militärischen Auseinandersetzungen führen. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben den Terrorismus in den Vordergrund des öffentlichen und politischen Bewusstseins gerückt. Damit wird deutlich, dass „neue Gefahren“, wie z.B. Terrorismus und der Kampf um die Rohstoffe, das 21. Jhd. prägen werden. Man muss lernen, darauf mit präventiven und proaktiven Maßnahmen⁵⁶ zu reagieren.

III. 1. 1. Terrorismus

Terrorismus wird seit 9/11 als eine **unmittelbare Bedrohung** in der EU wahrgenommen. Zwei verheerende terroristische Anschläge in Madrid (2004) und London (2005) sowie das erfolgreiche Verhindern von Bombenanschlägen auf Transatlantikflüge in London und auf Personenzüge in Deutschland im Sommer 2006 untermauern den **politischen Handlungsbedarf** im Bereich europäischer Terrorismusbekämpfung. Der deutsche Terrorismusexperte **Berndt Georg Thamm** spricht von einer „Langzeitbedrohung durch islamistische Terroristen“, die die Welt „unsicherer gemacht haben“.⁵⁷ Auch **Unruhen** und **gewalttätige Ausschreitungen von Muslimen** gegen westliche Einrichtungen (z.B. diplomatische Niederlassungen) im Zuge des **Karikaturenstreits** (Oktober 2005) sowie die Veröffentlichung eines dänischen Videos – das den Propheten Mohammed bewusst verhöhnnte (Oktober 2006) – gehören bereits zur internationalen Terrorismusdebatte, weil sie sowohl von westlichen Medien wie auch von den islamistischen Anführern für ihre Zwecke benutzt werden.⁵⁸

⁵⁶ Unter proaktiven Maßnahmen werden unterschiedliche politische Instrumente für ein zukunftsorientiertes Handeln verstanden, um bestimmte Abläufe und Prozesse zu beeinflussen.

⁵⁷ Berndt Georg Thamm: Die Langzeitbedrohung durch islamistische Terroristen – Fünf Jahre nach den 9/11-Anschlägen. In: Europäische Sicherheit. 9/2006, S. 48–53, hier S. 48.

⁵⁸ Vgl. APA-Meldung: Ahmadinejad warnt nach Mohammed-Video vor neuer Protestwelle. APA0361: 081006 und Adam Ward / James Hackett (Hrsg.): Muslims in Europe

Der Anti-Terrorismuskoodinator der EU, **Gijs de Vries**, verurteilt den Terrorismus als Angriff auf westliche Werte und demokratische Errungenschaften:

*„Terrorism is an attack against the values of liberty, democracy, tolerance and the rule of law which are cherished by men and women the world over, regardless of nationality or religion. Terrorism denies the values that are enshrined in your Constitution and in our founding Treaties and that inspired the Universal Declaration of Human rights. This is why there is no cause, no reason that can justify terrorism. (. . .) As an all-out attack on the essence of a free society, terrorism requires an all-out response. This means we have to do everything in our power to stop the terrorists and their supporters and to put them in jail.“*⁵⁹

Der **islamistische Fundamentalismus**, als **ideologische Grundlage** zur Rechtfertigung terroristischer Methoden, bezeichnet den westlichen Lebensstil (Theorie des **Okzidentalismus** vs. **Orientalismus**) als kosmopolitisch, gottlos und dekadent und wirft ihm weiters vor, dass er den Islam zerstören will. Radikale Islamistenführer stilisieren den Okzidentalismus zum ultimativen Feindbild für die muslimische Glaubensgemeinschaft im **dar al-Islam**⁶⁰, der zum Inbegriff für Unterdrückung und Ausbeutung geworden ist. Danach bezeichnen islamistische Demagogen und Ideologen Terrorismus als notwendiges und legitimes Mittel zur Verteidigung des „islamischen“ Herrschaftsanspruches und seiner Werte.

– The Challenge of Integration. In: IISS Strategic Comments. Vol. 12, Issue 2, March 2006.

⁵⁹ Rede von Gijs de Vries: European strategy in the fight against terrorism and the cooperation with the United States. CSIS European Dialogue Lunch. Washington, 13. Mai 2005, S. 1.

⁶⁰ *Dar al-Islam* („Bereich des Friedens“) bezeichnet alle Gebiete unter muslimischer Herrschaft. Als *dar al-Harb* wird der „Bereich des Krieges“ und als *dar al-Kuffar* der „Bereich der Ungläubigen“ verstanden. Die Verwendung der Begriffe durch islamistische Fundamentalisten hängt von ihren jeweiligen historischen Dimensionen ab.

Paul Wilkinson definiert Terrorismus als **systematischen Mord** und als Instrument zur **Verbreitung von Angst und Schrecken**, um öffentlichkeitswirksam auf bestimmte Forderungen und Ziele hinzuweisen.⁶¹ Verhandlungen mit terroristischen Gruppierungen, die die Ideologie der al Qaida vertreten⁶², sind grundsätzlich nicht möglich. Ihre Forderungen werden über TV-Sender in Form von Video-Botschaften, Interviews und mit Hilfe des Internets verbreitet. Terroristische Anschläge islamistischer Fundamentalisten verfolgen **zwei wesentliche Zielsetzungen**: Terroranschläge werden so geplant und durchgeführt, damit sie **möglichst viele Menschen töten** oder verletzen. Terroroperationen müssen **spektakulär** und **medienwirksam** ausgeführt werden (9/11, Madrid 2004, London 2005 und 2006). Im Gegensatz zum „**traditionellen**“ **Terrorismus** stellt der „**neue Terrorismus**“ islamistischer Prägung der al Qaida eine **weltweite Bedrohung** dar.⁶³ Seine fundamentalistische Basis fungiert als Bindemittel für ein loses Netzwerk mit „festen Knoten“ in über 60 Staaten.⁶⁴ Islamistische Fundamentalisten verfolgen den Plan eines „**globalen Dschihad**“ gegen den „Westen“. Sie streben eine „**revolutionäre Transformation**“ der internationalen Politik⁶⁵ an, um die Vorherrschaft der USA und der westlichen Lebensweise zu beenden.⁶⁶ Damit wird der Kampf zwischen Okzident und Orient zur **bestimmenden Verlaufslinie** im Krieg gegen den Terrorismus.

⁶¹ Vgl. hierzu Paul Wilkinson: International terrorism: the changing threat and the EU's response. Chaillot Paper 84, Paris, Oktober 2005, S. 9.

⁶² „Kampf gegen die Unterdrückten“ als wesentliches Element der Ideologie von al Qaida.

⁶³ Vgl. hierzu Rohan Gunaratna: Inside Al Qaeda [Fn 29], 2003, S. 72–126; Christopher M. Blanchard: Islamic Religious Schools, Madrasas – Background. CRS Report, RS21654, 10. Jänner 2006; Bruce Vaughn / Emma Chanlett-Avery / Richard Cronin: Terrorism in Southeast Asia. CRS Report, RL31672, 7. Februar 2005; Kristin Archick / John Rollins / Steve Woehrel: Islamist Extremism in Europe. CRS Report, RS22211; 29. Juli 2005. Kenneth Katzman: Al Qaeda – Profile and Threat Assessment. CRS Report, RL33038, 17. August 2005.

⁶⁴ Vgl. NZZ: Kaida – ein loses Netz [Fn 26].

⁶⁵ Vgl. Paul Wilkinson: International terrorism [Fn 61], 2005, S. 9.

⁶⁶ Vor allem in islamischen Ländern mit westlich geprägten Regierungen oder engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Westen (z.B. Ägypten, Saudi-Arabien, Pakistan, ...) wird eine „revolutionäre Transformation“ angestrebt.

III. 1. 2. Verbreitung von Massenvernichtungswaffen

Seit 9/11 wird die Verbreitung von MVW als eine „neue“ Gefahr wahrgenommen. Die EU hat die Nichtweiterverbreitung von MVW – genauso wie die USA – zu einer Hauptaufgabe gemacht. Atomare, biologische und chemische Waffen (**ABC-Waffen**) sind nicht nur gefährlicher, sie sind teilweise schwieriger aufzuspüren und haben eine größere psychologische Breitenwirkung in der Gesellschaft als herkömmliche Waffen. Insbesondere biologische und chemische Waffen werden oft als „**Atombombe des armen Mannes**“ bezeichnet.⁶⁷ Westliche Regierungen befürchten, dass nicht nur gescheiterte Staaten und Diktaturen biologische und chemische Kampfstoffe anschaffen wollen, sondern auch terroristische Organisationen diese Waffen ankaufen und einsetzen könnten. Die politischen Auswirkungen auf die westlichen Industriegesellschaften wären fatal. Der Konflikt über die **nuklearen Ambitionen** des iranischen Regimes in **Teheran**, das **Atomwaffenprogramm Nordkoreas** und die Zerschlagung des **Khan-Netzwerkes** zur illegalen Weitergabe von Atomwaffentechnologien können als Beispiele für die MVW-Problematik genannt werden.

2005 gab es immer noch **16.500 atomare Sprengköpfe** (1985 rund 70.000 A-Bomben), die der Problematik einer mangelhaften Kontrolle unterlagen. Ein illegaler Ankauf und Einsatz durch Terroristen kann nicht ausgeschlossen werden. Westliche Experten rechnen vor allem mit dem Einsatz von so genannten „**schmutzigen Bomben**“ (Dirty Bombs), die radioaktives Material freisetzen und so eine große Fläche (z.B. eine Stadt) kontaminieren könnten.⁶⁸

Russland besaß 1991 ungefähr 40.000 Tonnen **chemische Kampfmittel** (zwei Drittel des Weltbestandes), die durch Schmuggel und offiziellen Handel auch in die Hände von Terroristen und Kriminellen fallen könnten.⁶⁹

⁶⁷ Vgl. hierzu Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung [Fn 54], 2006, S. 22–23.

⁶⁸ Council on Foreign Relations: Dirty Bombs. Online-Dokument <<http://www.cfr.org/publication/9548/>>, abgerufen am 031106.

⁶⁹ Vgl. Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung [Fn 54], 2006, S. 23.

III. 1. 3. Regionale Konflikte

Konflikte bieten ein günstiges **Entfaltungsumfeld** für Terrorismus, OK und Extremismus, die sich auf die Sicherheit Europas direkt oder indirekt auswirken können. Regionale Konflikte sind oft mit einer **schwachen Staatlichkeit** verbunden, die mit fragilen Regierungsverhältnissen verbunden sein kann. Dieses Umfeld begünstigt Korruption und Kriminalität, wodurch auch terroristische Gruppierungen vergleichsweise „ungestört“ operieren können.⁷⁰

Das renommierte schwedische Friedensforschungsinstitut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) belegt für 2005 **57 größere bewaffnete Konflikte**, davon waren allerdings nur vier zwischenstaatliche Konflikte. In den restlichen 53 internen Konflikten ging es um Regierungsmacht und regionales Machtstreben. **Afrika** führt die aktuelle Konfliktstatistik mit 19 Auseinandersetzungen an, gefolgt von **Asien** mit 15, im **Nahen Osten** gab es zehn und in **Europa** kam es zu sieben bewaffneten Konflikten.⁷¹

III. 1. 4. Scheitern von Staaten

Robert Rotberg hat das Phänomen von „failed states“ untersucht: Ein Staat ist dann gescheitert, wenn er seinen **grundlegenden politischen Verpflichtungen** nicht mehr nachkommen kann, z.B. Gewährleistung nationaler Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Aufrechterhaltung demokratischer Institutionen, Kommunikation und Medien, Wirtschaftspolitik, Krankenversicherung, etc. Nach dem Zusammenbruch der staatlichen Strukturen treten vielfach **bürgerkriegsähnliche Zustände** auf, die eine Stabilisierung der innerstaatlichen Verhältnisse nahezu unmöglich machen. Als **Auslöser** für das Scheitern von Staaten gelten z.B. interne Machtkämpfe, unterentwickelte demokratische und rechtsstaatliche Strukturen und Institutionen, fehlende oder schwache zivilgesellschaftliche Einrichtungen, ungleiche Verteilung von Ressourcen und politische

⁷⁰ Als Beispiel kann der Krieg zwischen Äthiopien und Somalia im Dezember 2006 genannt werden. Das äthiopische Militär versuchte das Erstarken islamistischer Gruppierungen im Nachbarland zu verhindern, um ein Übergreifen der Islamisten auf Äthiopien präventiv zu verhindern.

⁷¹ Vgl. Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung [Fn 54], 2006, S. 40–41.

Korruption. **Somalia** gilt als „Paradebeispiel“ für einen gescheiterten Staat, in dem sich bis heute rivalisierende Klans bekriegen.⁷²

Scheiternde Staaten stellen ein **massives internationales Sicherheitsproblem** dar, weil dadurch Terrorismus (inklusive seiner Begleitscheinungen) OK, Massenmigration und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gefördert werden. Sie verstärken in der Regel auch latente Konflikte in benachbarten Ländern und können so Auslöser für regionale Konflikte sein. Die pakistanische Führung unter Präsident Pervez Musharaf hat wegen des GWOT in Afghanistan verstärkt mit **innenpolitischen Protesten** von Seiten islamistischer Fundamentalisten zu kämpfen. Nach Einschätzung von **Leon Hadar** vom Cato Institut würde die **Destabilisierung Pakistans** einen regionale Katastrophe und einen Rückschlag westlicher Bemühungen in der Terrorismusbekämpfung darstellen⁷³, und zwar nicht nur, weil Pakistan ABC-Waffen (z.B. 35–60 Nuklearwaffen) besitzt, sondern auch, weil ein Teil der Bevölkerung mit der al Qaida-Ideologie sympathisiert.⁷⁴

„In Pakistan, there are legions of bin Ladin followers; plenty of links between government officials and terrorists; and nuclear weapons that could fall into the hands of anti-American terrorists. This is not speculation.”⁷⁵

Rohan Gunaratna schlägt daher eine Langzeitstrategie vor, die vor allem günstige sozioökonomische und politische Voraussetzungen für **Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten** schaffen sollte, um den Zulauf junger Moslems zu islamistischen Gruppierungen zu verringern.⁷⁶

⁷² Vgl. hierzu Robert Rotberg: When States Fail: Causes and Consequences. Online-Dokument <http://web.mit.edu/ssp/seminars/wed_archives_03fall/rotberg.htm>, abgerufen am 260906.

⁷³ Vgl. hierzu Leon Hadar: The Real War on Terrorism is in Pakistan, not Iraq. Online-Dokument <<http://www.cato.org/dailys/10-19-03.html>>, abgerufen am 260906 und Interview mit dem pakistanischen Außenminister, Khursheed Mehmood Kasuri. Online-Dokument <http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=3528&print=1>, abgerufen am 260906.

⁷⁴ Vgl. Leon Hadar: The Real War [Fn 73].

⁷⁵ a.a.O.

⁷⁶ Vgl. Rohan Gunaratna: Inside Al Qaeda [Fn 29], 2003, S. 317f.

Die Förderung umfassender medialer Berichterstattung, **Entwicklungshilfe**, soziale Projekte, Infrastrukturverbesserung, etc. könnten das interkulturelle Verständnis zwischen Okzident und Orient verbessern. Europäische Bemühungen sind, im Gegensatz zum US-amerikanischen Vorgehen, auf **entwicklungspolitische Prävention** abgestellt, um das Scheitern von Staaten zu verhindern, weil ihre **Stabilisierung** einen **enormen Mitteleinsatz** durch die EU und IGOs voraussetzt. Darüber hinaus stellen **militärische Friedenseinsätze** ein **hohes menschliches und politisches Risiko** für die verantwortlichen Regierungen dar. Militärische Friedensmissionen der NATO und/oder EU können als Plattform für einen Wiederaufbau herangezogen werden, wie z.B. **Afghanistan** mit den so genannten **Provincial Reconstruction Teams (PRT)** der NATO.⁷⁷ Eine endgültige Bewertung der PRTs ist allerdings noch nicht möglich.

III. 1. 5. Organisierte Kriminalität

Die OK ist ähnlich wie der neue Terrorismus weltweit vernetzt und kann daher mit nationalstaatlichen Maßnahmen kaum mehr bekämpft werden. Als Bedrohungskategorie wird die OK immer bedeutsamer, weil ihre **illegalen Netzwerke** (organisierte Verbrechen, Wirtschaftskriminalität, Korruption, etc.) in den vergangenen Jahren zugenommen haben. Der Internationale Währungsfond (IWF) schätzt den **Jahresumsatz** krimineller Organisationen weltweit auf über **1500 Mrd. US-Dollar**. Der **internationale Drogenhandel** beläuft sich nach dieser Schätzung auf **400 Mrd. US-Dollar pro Jahr** (entspricht dem BIP Spaniens), woran etwa drei Prozent der Weltbevölkerung (etwa 185 Mio. Menschen) beteiligt sind. Jährlich werden rund 200.000 Personen von der UN-Statistik erfasst, die an einer Überdosis Drogen sterben. Interessant ist auch, dass **Europa** zum wichtigsten Erzeuger und Exporteur von **synthetischen Drogen** geworden ist. Darüber hinaus werden jährlich zwischen 600 und 1000 Mrd. US-Dollar „gewaschen“. Der Umsatz des illegalen Handels mit leichten Waffen beträgt jährlich rund 1,0 Mrd. US-Dollar. Bedrohliche Ausmaße hat bereits der **Handel mit Menschen** (Schlepperwesen,

⁷⁷ Vgl. hierzu die Studie von Markus Gauster: Provincial Reconstruction Teams – Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie. Wien, 11/2006.

Sextourismus, Kinder-, Frauen- und Organhandel) angenommen. Diese Sparte der OK wächst derzeit weltweit am schnellsten und stellt insbesondere für einige asiatische Regionen ein großes Problem dar. Auch an der illegalen Migration verdienen Schlepperbanden bis zu zehn Mrd. US-Dollar.⁷⁸

Derzeit ist Europa mit einer **Massenmigration aus Nordafrika** konfrontiert. Experten schätzen, dass etwa 100.000 Menschen auf die Einreise nach Europa warten. Dadurch entstehen der EU **hohe Folgekosten für Grenzsicherung, Überwachung, Rettungsmaßnahmen, soziale Betreuung und Integration**. Pressemeldungen zufolge nimmt die Zahl der Toten täglich zu.⁷⁹ Diese Massenmigration verstärkt in einigen europäischen Ländern fremdenfeindliche Tendenzen, fördert gesellschaftliche Substrukturen und weitet auch das Rekrutierungspotential an jungen Moslems für radikale Islamgruppierungen aus.⁸⁰ **Armut und Perspektivlosigkeit** werden als **Hauptmotive** für Migrationsbewegungen angesehen, die allerdings auch in den wohlhabenden europäischen Zielländern weiter bestehen oder sich sogar noch verstärken können. Damit weist die OK nicht nur ein **hohes politisches Destabilisierungspotential** für Länder mit schwacher Staatlichkeit auf, sondern auch für die EU. Damit verstärkt sich das Bedrohungsbild OK vor dem Hintergrund terroristischer Gruppierungen.

III. 2. Zusammenhänge zwischen den Bedrohungen

Diese neuen Bedrohungen scheinen für die europäische Sicherheit nur auf den ersten Blick nicht so unmittelbar wie zum Beispiel das traditionelle Konfliktbild, welches durch das militärische „Showing of Force“ des Kalten Krieges verursacht wurde. – Jedoch nur auf den ersten Blick; denn die **neuen Bedrohungen sind diffus und nicht immer klar auszumachen**. Sie schlagen daher **ohne Vorwarnung** zu und **treffen die gesamte Gesellschaft**.

⁷⁸ Vgl. hierzu Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung [Fn 54], 2006, S. 48–49 und S. 78–79.

⁷⁹ Pressemeldungen sprechen von bis zu 3.000 Toten (2006), die bei dem Versuch, auf die Kanarischen Inseln zu gelangen, verunglückt sind.

⁸⁰ Vgl. Adam Ward / James Hackett (Hrsg.): Muslims in Europe [Fn 58], 2006.

Die Anschläge vom 11. September 2001 auf das WTC in New York und auf das US-Verteidigungsministerium in Washington D.C., auf die Vortzüge in Madrid am 11. März 2004 sowie die Selbstmordoperationen auf die U-Bahn und öffentliche Busse in London im Sommer 2005 belegen die **Verwundbarkeit des Westens** und insbesondere Europas. Die Gefahren für die Sicherheit Europas ergeben sich aus dem Zusammenschluss mehrerer Bedrohungsbilder und können grafisch folgendermaßen dargestellt werden:

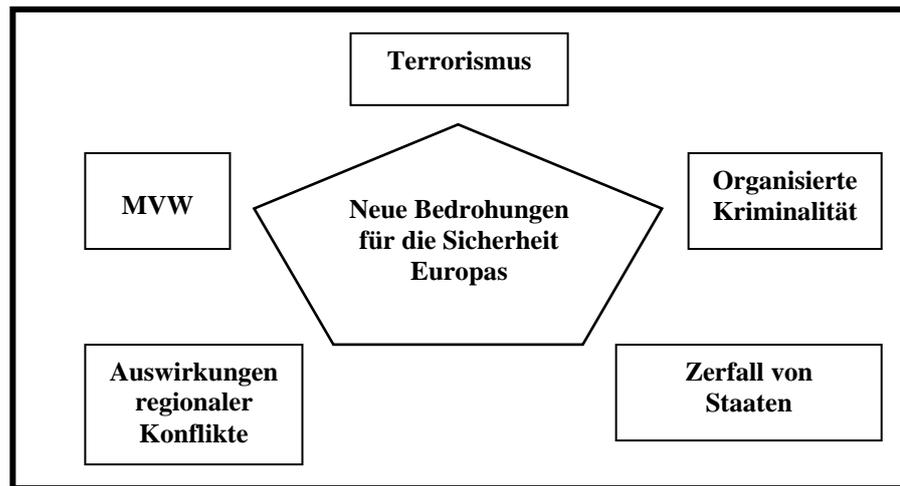


Abbildung 3: Zusammenhänge zwischen den Bedrohungsbildern⁸¹

Die **neuen Bedrohungsfelder** sind nicht für sich alleine zu betrachten, sondern sie **stehen miteinander in Verbindung**, was die Form des Fünfecks symbolisiert. – Ein Beispiel: Regionale Konflikte in Afrika sind oftmals ein lohnendes Ziel für die OK und den illegalen Waffenhandel – auch die Verbreitung von MVW wäre denkbar. Bei solchen regionalen Konflikten wird die Staatsgewalt geschwächt, was wiederum von terroristischen Gruppierungen ausgenutzt werden kann, um Trainingslager zu errichten und staatliche Strukturen zu unterwandern.

⁸¹ ObstdG Karl-Heinz Wiedner: Das konventionelle Gefechtsbild Teil I. Unterricht am Fachhochschul-Studiengang Militärische Führung, TherMilAk, 2005, Folie 14.

III. 2. 1. Bedrohungsdreieck

Ein weiterer Begriff, mit dem wir im Rahmen des Terrorismus konfrontiert sind, ist das „Bedrohungsdreieck“: Damit ist eine „Symbiose“ von **Terrorismus, OK und Proliferation** angesprochen. Vor allem zwischen terroristischen Vereinigungen und dem organisierten Verbrechen bestehen bereits enge Verbindungen, die beobachtet, analysiert und bekämpft werden müssen. Im September 2006 wurde laut Medienberichten in Kalifornien ein Pakistani zu 18 Jahren Haft verurteilt, weil dieser mit dem Erlös aus Drogengeschäften Stinger-Raketen für die al Qaida oder Taliban-Kämpfer kaufen wollte.⁸² Auf dieses **dreigliedrige Bedrohungsspektrum** haben US-amerikanische Sicherheitsexperten schon vor Jahren hingewiesen, weil Terrororganisationen u.a. den weltweiten **Drogenhandel als Finanzierungsquelle** nützten. Auch der Transfer von Personen (Dokumentenfälschung) und Material (Waffen, Sprengstoff, etc.) erfolgt vielfach über die **illegalen Verbindungswege der OK**. So nützt der Terrorismus das „professionelle Know-how“ der illegalen Geschäftemacher. **Im Gegenzug schafft der Terrorismus mit Anschlägen** in fragilen Staaten **ein günstiges Umfeld für illegale Praktiken**, um die Gewinnspanne der OK zu maximieren. Als dritter Aspekt des Bedrohungsdreiecks gewinnt auch die **Verbindung zwischen terroristischen Gruppierungen und illegalen Proliferationsstrukturen** für MVW ständig an Bedeutung.⁸³

⁸² Vgl. hierzu ORF Online: Terror-Unterstützung: 18 Jahre Haft für Pakistani in USA. Online-Dokument <<http://www.orf.at/ticker/230892.html>>, abgerufen am 27.09.06.

⁸³ Vgl. Volker Foertsch: Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungswaffen. In: Europäische Sicherheit, 9/2006, S. 79.

III. 2. 2. Auswirkungen auf Europa

Nach dem Ende des Kalten Krieges reagierte die euro-atlantische Sicherheitsgemeinschaft (NATO, WEU, EU, OSZE) mit umfassenden **Integrationsprogrammen** auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene, um so die **Stabilität** Europas zu gewährleisten. – Politische und wirtschaftliche Integrationsprojekte und –programme wurden in den 1990er-Jahren auch auf die militärische Dimension der Oststaaten ausgeweitet. Heute erfolgt die militärische Zusammenarbeit nicht nur im Rahmen der NATO-Strukturen, sondern auch im Bereich der zweiten Säule der EU, weil viele der ehemaligen Oststaaten mittlerweile Mitglieder der EU sind. Zahlreiche Integrationsbestrebungen der Union haben dazu geführt, dass Europa ein Raum der Stabilität, Sicherheit und Freiheit geworden ist, der durch die neuen Bedrohungen und regionalen Konflikte herausgefordert wird.

Die **Gefahr einer islamistischen Radikalisierung junger europäischer Muslime** besteht spätestens seit der Partizipation europäischer Staaten am Kampf gegen den Terrorismus und der Beteiligung einiger europäischer Länder am US-Feldzug im Irak 2003. Immerhin leben in Europa etwa 20 Millionen Moslems, die in vielen gesellschaftspolitischen Bereichen nur unzureichend integriert sind; dadurch nimmt die Tendenz zur Ghattobildung zu. Rassistisch-motivierte Unruhen, politische Instrumentalisierungen von Integrationsthemen, Verstärkung kultureller Differenzen etc. könnten Folgen dieser Entwicklung sein (z.B. schwere Unruhen in Paris und Australien 2005).⁸⁴

Die **Auswirkungen des Terrorismus auf Europa** werden von Experten als **dramatisch** bezeichnet, indem von einer „umfassenden Bedrohung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Völkergemein-

⁸⁴ Vgl. Alain-Xavier Wurst: Heiße Nächte in Paris. Online-Dokument <<http://zeus.zeit.de/text/online/2005/45/paris>>, abgerufen am 070307; Spiegel Online: Krawalle in Pariser Vorstädten – Randalierer schießen auf die Polizei. Online-Dokument <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,383116,00.html>>, abgerufen am 070307; Unruhen wie in Paris sind auch in Deutschland möglich – Interview mit dem Konfliktforscher und Frankreich-Experten Johannes M. Becker, Uni Marburg. Online-Dokument <<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Frankreich/unruhen-becker.html>>, abgerufen am 070307.

schaft“ gesprochen wird. Diese umfassende terroristische Bedrohung manifestierte sich in der Vergangenheit in Fatwas, Anschlägen und in der verdeckten Kommunikation islamistischer Fundamentalisten im Internet. Das **Internet** fungiert heute als Rekrutierungsbasis und Propagandamedium für Netzwerkarbeit zur operativen Planung und psychologischen Kriegsführung.⁸⁵

Zahlreiche regionale Konflikte in Afrika werden entlang ökonomischer Bruchlinien geführt, die für die EU aus politischen Gründen befriedet werden müssen. Besonders der hier angeführte Zusammenhang zwischen **internationalen und nationalen Konfliktdimensionen** mit ihren unterschiedlichen Gründen untermauert den **Bedarf an (Strategic) Intelligence**, um eine **mittel- bis langfristige Planungsgrundlage** für die Politik zu erhalten.

Insgesamt erfordern die Hauptbedrohungen eine Zusammenführung der inneren und äußeren Sicherheitsaspekte sowie die Entwicklung einer **kohärenten Netzwerkpolitik** in der EU. Nur so kann man Umfassende Sicherheit als Zielsetzung erreichen.

⁸⁵ Vgl. Bernd Georg Thamm: Die Langzeitbedrohung [Fn 57], 9/2006, S. 53.

IV. Zielsetzung – Umfassende Sicherheit

Auf Grund der neuen Bedrohungen wird deutlich, dass für die EU unmittelbarer Handlungsbedarf zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit entstanden ist. Die EU begreift **Sicherheit nicht nur nach ihrer realistischen und traditionellen Auslegung**, sondern vielmehr im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffes, der unterschiedliche Politikbereiche als sicherheitsrelevante Dimensionen berücksichtigt. Dabei geht es insbesondere um den **Erhalt von Freiheit** im Rahmen des neuen Sicherheitsbegriffes der EU, um die einzelstaatliche Sicherheitsgewährleistung zu unterstützen. Sicherheit soll danach aber nicht auf Kosten von Freiheit umgesetzt werden, sondern einer **verhältnismäßigen Ausgestaltung als Prinzip** der umfassenden Sicherheitskonzeption folgen.

Im Zuge globaler Veränderungen in verschiedenen Politikbereichen (z.B. neues Sicherheits- und Bedrohungsbild nach dem Ende des Kalten Krieges) wurde der Begriff der Umfassenden Sicherheit mit neuen Inhalten versehen. Bereits in den 1980er-Jahren wurde klar, dass Sicherheit nicht nur Schutz vor militärischen Angriffen bedeutet, sondern auch eine **ökologische und ökonomische Dimension** umfasste. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 und der zunehmende Konflikt um wertvolle Ressourcen haben den Begriff der Sicherheit nachhaltig verändert. Erst im Laufe der 1990er-Jahre wurde der noch abstrakte Sicherheitsbegriff in ein umfassendes, staatliches Sicherheitskonzept übernommen.

IV. 1. Dimensionen Umfassender Sicherheit

Umfassende Sicherheit weist **unterschiedliche Dimensionen** auf, deren innere Zusammenhänge zu einem **Gesamtkonzept** verschmelzen. Zu den relevanten Sicherheitsdimensionen zählen neben der „äußeren“ und „inneren“ auch die **ökologische, ökonomische, soziale und gesellschaftspolitische Sicherheit**. Umweltverschmutzung, Klimaveränderung, Wasserknappheit und Umweltkatastrophen beeinflussen sicherheitspolitische, rein politische und wirtschaftliche Entwicklungen und können dramatische Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung haben. Umweltkatastrophen, die im Zuge der weltweiten Klimaverände-

rung auftreten, können z.B. zu Hungerskatastrophen und sozialen Unruhen führen. Instabile Verhältnisse in einer Region können sich auf Nachbarregionen ausdehnen. Auch globale Auswirkungen (Katastrophenhilfe, Wiederaufbau, Migrationsströme, etc.) sind dann nicht mehr auszuschließen, wie z.B. zahlreiche Umweltkatastrophen in den letzten Jahren verdeutlicht haben. Aber auch der ökonomischen Sicherheit kommt bei der Verwirklichung eines umfassenden Sicherheitskonzeptes eine wesentliche Bedeutung zu, weil sie als Grundlage finanzieller Absicherung die Entfaltung und Stärkung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen maßgeblich fördert.

Globale Zusammenhänge in den Bereichen Umweltschutz, Ressourcenallokation, Informationstechnologie und nichtstaatlicher Akteursnetzwerke machten deutlich, dass ein umfassender **nationalstaatlicher Sicherheitsanspruch nur mehr mit Hilfe internationaler Zusammenschlüsse und Koalitionen** verwirklicht werden kann. Sie heben aber auch die nichtmilitärische Dimension von Sicherheit hervor. Die gesamte Bandbreite möglicher Bedrohungen und Gefährdungen für den Einzelnen rückte den **Menschen ins Zentrum sicherheitspolitischer Überlegungen**. Der Wandel von „traditioneller“ zur neuen Sicherheitsauffassung findet in der ESS und im Haager Programm seinen Niederschlag.

IV. 2. Umfassende Sicherheit in der ESS

Eine erfolgreiche Umsetzung von Umfassender Sicherheit bedarf einer vielschichtigen Politik; einer **Politik der Kooperation** zwischen den einzelnen nationalstaatlichen Sicherheitsinstitutionen und den relevanten zivilen und militärischen Einrichtungen. Eine entsprechende Sicherheitszusammenarbeit inkludiert einerseits die **multilaterale Kooperation** zwischen nationalstaatlicher und europäischer Ebene, aber auch **bilaterale Kooperationen** zwischen einzelnen Staaten. Die umfassende Sicherheitsgewährleistung wird als politisches Ziel der EU definiert, das ohne eine **netzwerkorientierte Zusammenarbeit** nationaler und europäischer Sicherheitseinrichtungen kaum Chancen auf Realisierung hat. Zu diesem Schluss kommt die deutsche Expertin **Annegret Bendiek** in ihrer SWP-Studie zur Terrorismusbekämpfung der EU. Sie sieht die Zukunft der **europäischen Terrorismusabwehr** in der **Vernetzung der**

nationalen Sicherheitspolitiken, um „den Netzwerken des Terrors Netzwerke gegen den Terror“ entgegenzusetzen.⁸⁶

Heute ist kein Land mehr in der Lage, auf unilateraler Basis Umfassende Sicherheit zu gewährleisten, weil **transnationale Verflechtungen** und **ökonomische Interdependenzen** grenzüberschreitende Kooperation und Koordination voraussetzen. Immerhin definiert sich die EU in der ESS bereits als ein verantwortlicher **globaler Akteur** für die internationale Sicherheit.⁸⁷ Um die internationale Verantwortung für mehr Sicherheit auch wahrnehmen zu können, ist eine EU-interne Interessensabstimmung sowie die Praktizierung eines pragmatischen Multilateralismus erforderlich. Dieser sollte den eigenen Interessen vor dem Hintergrund transnationaler Verflechtungen und Interdependenzen entsprechen. Neben den fünf Hauptbedrohungen werden auch Armut, Ressourcenknappheit und Krankheiten als **Destabilisierungsfaktoren** genannt.

Eine besondere **Verantwortung übernimmt die EU für ihre unmittelbaren Nachbarstaaten**, die sie in politischer und ökonomischer Hinsicht unterstützen will, um innerstaatliche Reibflächen (ethnische Konflikte, soziale Unruhen, Zerfall von Staatlichkeit, etc.) zu vermeiden. Um Sicherheit für die EU zu schaffen, sollten Frustration und Ungerechtigkeit, die die Globalisierung mit sich bringt, beseitigt oder zumindest reduziert werden. Nur so kann die Anfälligkeit vernetzter Gesellschaften und Infrastrukturen für die neuen Bedrohungen auf ein Minimum begrenzt werden.

⁸⁶ Bendiek bezieht sich auf einen Bericht der deutschen Bundesregierung gemäß der Anforderung des parlamentarischen Kontrollgremiums mit dem Irak-Krieg und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Stand: 150206, S. 1–89 (47)). Vgl. Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 7.

Über 160 Einzelmaßnahmen des Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung unterstützen die EU-Strategie in den vier Arbeitsfeldern Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion, wodurch die Netzwerkbildung im Bereich der Terrorismusbekämpfung gefördert werden soll.

⁸⁷ Vgl. hierzu: Ein sicheres Europa in einer sicheren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. Dezember 2003, S. 1.

Sicherheit wird daher auch als „**Vorbedingung für Entwicklung**“ und **größere Handlungsfreiheit** genannt.⁸⁸ Beide Aspekte können mit einer verbesserten Intelligencekooperation erreicht werden.

IV. 3. Problembereich – Sicherheit und Freiheit

Bei der Umsetzung nationaler Sicherheitsmandate für Intelligenceorganisationen kann es teilweise zu Einschränkungen (individueller) Freiheiten der Bürger kommen. Daher ist es erforderlich, das **Spannungsverhältnis** zwischen Sicherheit und Freiheit zu thematisieren, um auch den Bedeutungsgehalt von Sicherheit in einer zunehmenden interdependenten und multipolaren Weltordnung darzustellen. Eine nähere Betrachtung ist umso notwendiger, je wichtiger der Sicherheitsbegriff für demokratische Gesellschaften wird. **Sicherheit** wurde schon immer als ein „**Grundbedürfnis des Menschen**“ und als ein „**klassisches Kollektivgut**“ verstanden.⁸⁹

Die Realisierung des EU-Konzeptes der Umfassenden Sicherheit hängt wesentlich von einem **ausgewogenen Verhältnis** zwischen angestrebter (umfassender) **Sicherheit** und dem **Freiheitsbedürfnis** der Bürger ab. Massive Einschränkungen „**traditioneller**“ **Freiheiten** werden in gefestigten Zivilgesellschaften kaum geduldet, weil auch die Macht der Massenmedien die Politik eines Landes beeinflusst. Daher kann das „Spannungsverhältnis“ zwischen Sicherheit und Freiheit im Zuge der europäischen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung nur in der **Verhältnismäßigkeit** der anzuwendenden Sicherheitsinstrumente liegen. Dabei übernehmen nationale Parlamente und das EU-Parlament wichtige **Kontroll- und Überwachungsfunktionen** über die Intelligenceorganisationen.

Der Sicherheitsbegriff ist die zentrale Kategorie in der Debatte über die staatliche **Sicherheitsgewährleistung** am Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Sicherung des inneren und äußeren Friedens wird als **primäre Aufgabe** eines modernen Staates angesehen. Diese Primäraufgabe wird heu-

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 2.

⁸⁹ Gert-Joachim Glaebner: Sicherheit und Freiheit. Online-Dokument <<http://www.bpb.de/publikationen/RWMD40.html>>, abgerufen am 170706.

te maßgeblich von **nationalen Nachrichtendiensten** wahrgenommen und durch die **europäische Intelligenceebene** ergänzt. Daher wurden moderne Nachrichtendienste in den vergangenen Jahren mit **neuen Sicherheitsmandaten** ausgestattet, um Terrorismus, Fundamentalismus, Radikalismus und andere subversive Gefahren effektiver bekämpfen zu können. Dies verstärkte gleichzeitig auch das **Spannungsverhältnis** zwischen Intelligence und dem grundrechtsrelevanten Anforderungen demokratischer Gesellschaften, weil durch die Stärkung nachrichtendienstlicher Einrichtungen das Risiko des Machtmissbrauches zunimmt. **Gert-Joachim Glaeßner** geht davon aus, dass den Bürgern bewusst ist, dass Sicherheit ihren Preis hat: „Menschen verzichten auf ein erhebliches Maß an individueller Freiheit und unterwerfen sich Gesetzen, Vorschriften und Regeln, um dafür im Gegenzug Sicherheit zu erhalten“.⁹⁰

Sicherheit wird in diesem Zusammenhang als ein „**soziales Konstrukt**“ interpretiert, das sich jedoch nur sehr schwer präzise definieren lässt. Sicherheit als soziales Konstrukt weist vier Bedeutungsebenen auf:

- Sicherheit bedeutet Gewissheit, **Verlässlichkeit** und die **Abwesenheit von Gefahren**,
- Sicherheit meint auch **Statussicherheit** (Lebensniveau und Lebensumstände),
- Sicherheit als ein **institutionelles Konzept für die Abwehr von inneren und äußeren Gefahren**, und
- Sicherheit als die **Unversehrtheit von Rechtsgütern** (Rechtsstaatlichkeit).

In der Wahrnehmung von Sicherheit stößt der Einzelne – wegen der wachsenden Komplexität nationaler und internationaler **Bedrohungszusammenhänge** – an seine Grenzen, die eine „begründbare sichere Zukunftserwartung“ teilweise unmöglich machen. In dieser **Schwierigkeit der Wahrnehmung** komplexer sicherheitsrelevanter Aspekte manifestiert sich das oben genannte Spannungsverhältnis. Gleichzeitig kann das Spannungsverhältnis – auf Grund **mangelnder demokratischer Fähigkeiten**, komplexe Sicherheitszusammenhänge öffentlich zu diskutieren – zu einer Überdehnung des Sicherheitsbegriffes führen, wodurch die Er-

⁹⁰ Vgl. a.a.O.

wartung in die staatliche Sicherheitsgewährleistung erodiert wird. Zudem kann die verstärkte Auslagerung von traditionellen Sicherheitsaufgaben im Rahmen der „**Privatisierung von Sicherheit**“ das nationalstaatliche Gewaltmonopol abschwächen, wodurch selbst nachrichtendienstliche Beschaffungsmaßnahmen betroffen sein können. Dadurch wird die „**Problemlösungskompetenz**“ von Nachrichtendiensten herausgefordert und in ein direktes „öffentliches“ Konkurrenzverhältnis gestellt, wodurch die autonome Handlungsfähigkeit und Flexibilität nachhaltig beeinträchtigt werden könnte.⁹¹

Wachsende Komplexität und Undurchschaubarkeit von Entscheidungen, Globalisierungsprozesse und die Informationsrevolution sowie die Verlagerung politischer Aufgaben in den privaten Bereich „machen sicher geglaubte Arrangements der **Einhegung von Unsicherheit** obsolet und produzieren neue Unsicherheit“.⁹² Schwierigkeiten ergeben sich dort, wo neue Bedrohungen vorhanden sind und die Frage der „Schuldigen“ nicht eindeutig beantwortet werden kann. Staatliche Institutionen verfolgen z.B. in der Terrorismusbekämpfung – aber auch in den traditionellen Kriminalitätsfeldern – den Ansatz der „prospektiven Vorbeugung“ und Verhinderung von schweren Straftaten. **Nachrichtendienstliche Prävention** im Zuge der Terrorismusbekämpfung bedingt die Herausbildung neuer Methoden der Informationsbeschaffung und der Strafverfolgung, um schwere Gesetzesverstöße bereits im Vorfeld verhindern zu können. Dadurch verschwimmen aber zusehend auch die **funktionellen und institutionellen Distinktionen** zwischen Polizei, Justiz, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.⁹³ Prävention wurde im Zuge der terroristischen Bedrohung als Kernaufgabe – mit all ihren politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen – von Intelligenceorganisationen wieder entdeckt.

⁹¹ Vgl. hierzu den Beitrag von Maik Müller über die Probleme und Auswirkungen privater Militärfirmen im militärischen Krisenmanagement. Maik Müller: Problems, Effects and Implications of the Use of Private Military Firms (PMFs) in U.S. Military Assistance. Arbeitspapier des BICC, Bonn, 2005 und Rolf Uessler: Krieg als Dienstleistung – Private Militärfirmen zerstören die Demokratie. Berlin, 2006.

⁹² Vgl. Gert-Joachim Glaebner: Sicherheit und Freiheit [Fn 89].

⁹³ Vgl. a.a.O.

Um der **Gefahr des Machtmissbrauches** durch Intelligenceorganisationen vorzubeugen, haben moderne Demokratien unterschiedliche **Kontroll- und Überwachungsansätze** entwickelt. Insbesondere die parlamentarische Kontrolle von Intelligenceinstitutionen ist ein entscheidendes Element, um die **Verhältnismäßigkeit nachrichtendienstlicher Machtbefugnisse** zu wahren. Auch die **Massenmedien** – vor allem der kritische Journalismus – spielen eine wesentliche Rolle in der demokratischen Kontrolle von Nachrichtendiensten. Für **Alexis de Tocqueville** war Machtmissbrauch nur durch die **Gewaltenteilung** zu verhindern.⁹⁴ Ohne rechtliche, moralische und institutionelle Schranken ist die „Sphäre der Freiheit bedroht“.⁹⁵ Auch für die weitere Vertiefung und Institutionalisierung der europäischen Intelligenceeinrichtungen wird sich die Frage nach der demokratiepolitischen Legitimation und Verantwortlichkeit in den kommenden Jahren stellen und die verstärkte Einbindung des EU-Parlaments einfordern.

⁹⁴ Vgl. Rudolf Weber-Fas: Staatsdenker der Moderne. Klassikertexte von Machiavelli bis Max Weber. Tübingen, 2003, S. 311.

⁹⁵ Vgl. a.a.O.

V. Politische und strategische Maßnahmen

V. 1. Europäische Sicherheitsstrategie

Als die Koalition der Willigen im März 2003 ihre groß angelegte Militäroperation gegen das Regime Saddam Husseins startete, kam es in der EU zu heftigen politischen Kontroversen. Experten sprachen von einer „**Spaltung**“ und „**Selbstblockade**“⁹⁶ der EU. Europäische Verträge und Grundsatzdokumente, die die Loyalität und Solidarität der EU-MS in den Vordergrund stellten, schienen plötzlich an Bedeutung verloren zu haben. Während in der Kosovo-Krise 1999 die Handlungsunfähigkeit im ESVP-Bereich auf fehlende militärische Kapazitäten zurückgeführt werden konnte, sprach man nun von einer „politischen Handlungsunfähigkeit“. **Fehlende Geschlossenheit** und **Kohärenz** waren für die Selbstblockade der EU ausschlaggebend, die erst mit der Einigung über den Inhalt der ESS gegen Ende 2003 wieder beendet werden konnte. Der Generalsekretär und Hohe Vertreter (GS/HV) für die GASP, **Javier Solana**, präsentierte den Erstentwurf der ESS am Europäischen Rat von Porto Carras/Thessaloniki im Juni 2003. Der endgültige Text wurde unter italienischem Vorsitz im **Dezember 2003** angenommen, um die Rolle und den Kurs der EU in der internationalen Sicherheitspolitik zu bestimmen. Gleichzeitig soll sie die Verwirklichung von Kohärenz in der GASP vorantreiben.⁹⁷ Die EU betrachtet die **innere und äußere Sicherheit** seither als **zusammenhängende Felder**, was sich auf den Ausbau von Netzwerkstrukturen zwischen Intelligenceorganisationen nachhaltig auswirken dürfte.

Die **strategischen Zielsetzungen** der ESS konzentrieren sich auf die Lösung aktueller Konflikte mit politischen Maßnahmen – hierzu gehören: **regionale strategische Schwerpunkte** (z.B. israelisch-

⁹⁶ Vgl. Victor Mauer: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Eine janusköpfige Entwicklung. In: Bulletin 2003 zur schweizerischen Sicherheitspolitik. Online-Dokument <http://cms.isn.ch/public/docs/doc_189_259_de.pdf>, abgerufen am 19.09.06.

⁹⁷ Vgl. hierzu Jean-Yves Haine: Eine historische Perspektive. In: Nicole Gnesotto (Hrsg.): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU – Die ersten fünf Jahre (1994–2004). EU-ISS, Paris, 2005, S. 41–64 (hier S. 55–63.).

palästinensischer Konflikt, Mittelmeerraum), **Stärkung des Völkerrechts** und Aufbau eines **effizienten Multilateralismus**, **präventives Handeln** sowie die Betonung des **euro-atlantischen Verhältnisses**.⁹⁸

*“Our security and prosperity increasingly depend on an effective multilateral system. We are committed to uphold a developing International Law. The fundamental framework for international relations is the United Nations Charter.”*⁹⁹

Die ESS benennt neben den strategischen Zielen **fünf Hauptbedrohungen** für die europäische Sicherheit:

- Terrorismus
- Verbreitung von MVW
- Regionale Konflikte
- Scheiternde und gescheiterte Staaten
- Organisierte Kriminalität

Die ESS wird auch als „**säulenübergreifender Gesamtrahmen**“ für das Bemühen angesehen, eine Antwort auf die neuen Hauptbedrohungen zu finden.¹⁰⁰ Mögliche Antworten ergeben sich aus einer kohärenten Nutzung nationalstaatlicher und europäischer Kompetenzen im Bereich der Terrorismusbekämpfung.¹⁰¹ Zahlreiche rechtliche und politische Maßnahmen der EU haben die **säulenübergreifende Zusammenarbeit** in der Terrorismusbekämpfung gestärkt.¹⁰²

Die ESS soll dafür sorgen, dass das europäische Friedensprojekt den Herausforderungen der neuen sicherheitspolitischen Umfeldbedingungen gewachsen ist. Mit der ESS wurde eine **gemeinsame Handlungsgrundlage** geschaffen, um auf strategischer Ebene als **globaler Akteur** wahrgenommen zu werden. Auf Grund der politischen und wirtschaftlichen

⁹⁸ Vgl. a.a.O.

⁹⁹ Europäische Sicherheitsstrategie [Fn 87], 2003, S. 9.

¹⁰⁰ Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 7.

¹⁰¹ Vgl. hierzu ebd., S. 7.

¹⁰² Vgl. hierzu Gunter Hauser: Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem [Fn 45], 2006, S. 35–36 und Anton Dengg: Maßnahmen der EU zur Terrorbekämpfung. Reihe: Info Aktuell. Landesverteidigungsakademie, Wien, 3/2005.

Bedeutung der EU ist ein **kohärenter Handlungsansatz** unabdingbar, um eine Wiederholung der EU-Selbstblockade von 2003 zu vermeiden.

V. 2. Haager Programm

Neben der ESS verabschiedete der Europäische Rat 2004 – als Nachfolge für das Tampere-Programm – das „**Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU**“. Mit dem Haager Programm wird bewusst die **Innendimension** der europäischen Sicherheit abgedeckt¹⁰³; ohne dabei etwaige **Querverbindungen** zur äußeren Sicherheitsdimension zu verneinen. Die Außendimension des „Raumes der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“ beziehen sich auf **Implementierungsvorschläge** des GS/HV der GASP und der EU-Kommission.¹⁰⁴ **Kooperationen mit Drittstaaten** in den Kernbereichen des Programms stellen sicher, dass auch andere aktuelle Problemfelder (z.B. Terrorismusbekämpfung) berücksichtigt werden können.

Hierzu hat die EU im Rahmen des Haager Programms **klare Prioritäten** im Bereich „**Stärkung der Freiheit**“ als eine passive Sicherheitskomponente für die Bürger festgeschrieben:

- Unionsbürgerschaft
- Asyl-, Migrations- und Grenzpolitik
- Gemeinsame Asylregelung
- Legale Zuwanderung und der Kampf gegen illegale Beschäftigung
- Integration von Drittstaatsangehörigen

¹⁰³ Vgl. hierzu Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union. Amtsblatt der Europäischen Union. (2005/C 53/01) und The Hague Programme – Ten priorities for the next five years. Online-Dokument <http://ec.europa.eu/justice_home/news/information_dossiers/the_hague_priorities/index_en.htm>, abgerufen am 19.09.06. Das Tampere-Programm war ein fünfjähriges Arbeitsprogramm, das auf dem Gipfel von Tampere 1999 beschlossen wurde und Ende 2004 auslief. Unter niederländischen Ratsvorsitz wurde im Oktober 2004 das Haager Programm für den Zeitraum 2005–2010 vorgestellt.

¹⁰⁴ Vgl. Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 9.

- Berücksichtigung der externen Dimension von Asyl und Zuwanderung (Partnerschaft mit Drittländern, Herkunftsländern und Transitländern)
- Steuerung der Wanderbewegungen (Grenzkontrollen, Biometrie und Informationssysteme).

Für die „**Stärkung der Sicherheit**“¹⁰⁵ sollte der Informationsaustausch mit Hilfe eines „innovativen Konzepts“ umgesetzt werden, um strafverfolungsrelevante Daten rasch verfügbar zu machen. Der Europäische Rat betont im **Haager Programm**, dass der **Schutz vor terroristischen Gewalttaten** in Europa nur dann gewährleistet werden kann, wenn sich die Aktivitäten der Mitglieder nicht nur auf die eigene Sicherheit beziehen, sondern die **europäische Dimension** mitberücksichtigen.¹⁰⁶ Auch andere Formen der Schwerekriminalität machen eine Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Zollbehörden der Mitgliedstaaten und der **Europäischen Polizeibehörde (EUROPOL)** erforderlich. Die **innere Sicherheit** der EU berücksichtigt aber auch regionale Krisen, die sich auf Europa auswirken könnten. Darüber hinaus wird dem Schutz „**lebenswichtiger Infrastrukturen**“ vor chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Unfällen (CBRN-Unfällen) und terroristischen Anschlägen ein bedeutender Stellenwert zugeschrieben.¹⁰⁷ Dabei steht die Ausarbeitung einer **kohärenten EU-Krisenreaktionsfähigkeit** im Zentrum der sicherheitspolitischen Bemühungen. Ein weiterer Punkt, der für die Stärkung der Sicherheit im Haager Programm genannt wird, ist die „**operative Zusammenarbeit**“, um insbesondere Tätigkeiten im Rahmen der grenzüberschreitenden Strafverfolgung besser koordinieren zu können. Ferner werden auch die Bereiche der Kriminalitätsprävention, der OK, der Korruption und das Ausarbeiten einer Anti-Drogenstrategie (z.B. Rehabilitation von Drogenabhängigen) als sicherheitsrelevante Aspekte eingestuft.

Mit dem dritten Bereich des Haager Programms soll die „**Stärkung des Rechts**“ mit Hilfe des **Europäischen Gerichtshofes (EuGH)** gefestigt

¹⁰⁵ Haager Programm [Fn 103], 2005, S. 17.

¹⁰⁶ Anton Dengg: Maßnahmen der EU [Fn 102], 3/2005, S. 7.

¹⁰⁷ Haager Programm [Fn 103], 2005, S. 23.

werden. Gegenseitige Vertrauensbildung in Straf- und Zivilsachen kann die europäische Rechtskultur verbessern, welche auf der Vielfalt der Rechtssysteme der Mitgliedstaaten und der **Einheitlichkeit** des europäischen Rechts beruht. Durch den Abbau bestehender rechtlicher Hindernisse sollte die Koordinierung von Ermittlungen eine effizientere Strafverfolgung ermöglichen (z.B. Europäischer Haftbefehl). Auch in Zivilrechtsangelegenheiten wird eine ähnliche Strategie verfolgt.¹⁰⁸ Das Haager Programm sieht auch eine Stärkung der **Europäischen Justizbehörde (EUROJUST)** vor, um die grenzüberschreitende Kriminalität und den Terrorismus besser bekämpfen zu können.¹⁰⁹

Eine **wesentliche Errungenschaft** des Haager Programms ist die Festschreibung des „**Grundsatzes der Verfügbarkeit**“¹¹⁰ von strafrechtlich und nachrichtendienstlich relevanten Informationen, welche für die grenzüberschreitende Strafverfolgung und Terrorismusbekämpfung erforderlich sind. Der Grundsatz der Verfügbarkeit von strafrechtlichen und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen soll bis 2008 unionsweit umgesetzt werden.¹¹¹ Damit können Ermittlungsbeamte Erkenntnisse anderer EU-Mitgliedstaaten anfordern und verwerten.

V. 2. 1. ESS und Haager Programm - Prävention und Schutz

ESS und Haager Programm versuchen, der neuen Bedrohungslage gegenzusteuern, indem mit Hilfe von **koordinativen Maßnahmen** die Konfliktprävention nach Innen und Außen verbessert werden soll. Beide Strategiedokumente „verpflichten“ die EU-Staaten, die **sozialen und ideologischen Motive**, die für eine Rekrutierung und Radikalisierung

¹⁰⁸ Haager Programm [Fn 103], 2005, S. 27.

¹⁰⁹ Haager Programm [Fn 103], 2005, S. 28f.

¹¹⁰ „Der Ausdruck „Grundsatz der Verfügbarkeit“ ist so zu verstehen, dass die für die innere Sicherheit in einem Mitgliedstaat zuständigen Behörden oder Europol-Beamte, die Informationen zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, diese von einem anderen Mitgliedstaat erhalten sollten, wenn sie dort verfügbar sind.“ Vgl. EU-Kommission: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Verbesserung der Effizienz der europäischen Datenbanken im Bereich Justiz und Inneres und die Steigerung ihrer Interoperabilität sowie der Synergien zwischen ihnen. Brüssel. KOM (2005) 597. 24. November 2005, S. 4.

¹¹¹ Vgl. Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 8.

mitverantwortlich sind, zu **bekämpfen**.¹¹² Insbesondere das Haager Programm forciert die **europäische Sicherheitszusammenarbeit im Bereich der Nachrichtendienste**, um einen Raum der Sicherheit, Freiheit und des Rechts schaffen zu können.¹¹³

Eine wirksame Koordination und Kooperation ist erforderlich, um weltweit operierende Terrorvereinigungen zerschlagen zu können, die sich sogar teilweise den Ermittlungs- und Aufklärungsstrategien moderner Intelligencebehörden anpassen können. Sie bedienen sich u.a. einer losen Netzwerkstruktur – mit weltweiten Verbindungen und einigen festen Knotenpunkten.¹¹⁴ Dadurch befindet sich die „**erste Verteidigungslinie**“ für die **Bewahrung von Demokratie, Freiheit und Sicherheit sehr oft im Ausland**. Die Gefahr von terroristischen Anschlägen ist auch heute, fünf Jahre nach dem 11. September 2001, unverändert hoch. Bereits die ESS formuliert den Bedarf einer kohärenten Vorgehensweise vorhandener Instrumente zur Terrorismusbekämpfung.¹¹⁵ Mit dem „**Konzeptrahmen für die ESVP - Dimension der Terrorismusbekämpfung**“ (November 2004) wurde der militärische Aspekt im Arbeitsfeld **Prävention** und **Schutz** in der EU-Strategie gestärkt.¹¹⁶ Damit bekräftigt die EU die Notwendigkeit des Einsatzes von militärischen Mitteln in Drittstaaten zur Terrorismusbekämpfung (z.B. Afghanistan).¹¹⁷

V. 3. EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung

Die auf der politischen Ebene formulierte Absichtserklärung zur Umsetzung der umfassenden Sicherheitskonzeption folgte die Annahme der

¹¹² Andrea K. Riemer / Gunther Hauser: Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und die Europäische Sicherheitsstrategie: Ein Vergleich des Unvergleichbaren. Reihe: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA). Köln, 2/2004, S. 36.

¹¹³ Haager Programm [Fn 103], 2005, S. 7f.

¹¹⁴ Vgl. NZZ: Kaida – ein loses Netz [Fn 26].

¹¹⁵ Vgl. Europäische Sicherheitsstrategie [Fn 87], 2003, S. 11–14.

¹¹⁶ Vgl. hierzu Rat der Europäischen Union: Konzeptrahmen für die ESVP-Dimension der Terrorismusbekämpfung. Online-Dokument <<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/04/st14/st14797.de04.pdf>>, abgerufen am 19.09.06.

¹¹⁷ Vgl. Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 8.

EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung durch den Rat der Europäischen Union im **November 2005**.¹¹⁸ Sie strukturiert den Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung und seine Einzelmaßnahmen in vier Arbeitsfeldern: **Prävention, Schutz, Verfolgung** und **Reaktion**.¹¹⁹ Zur strategischen Zielsetzung zählt die **weltweite Bekämpfung des Terrorismus** unter Berücksichtigung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Die Bürger sollen nach den Vorgaben der ESS und des Haager Programms in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und Gerechtigkeit leben. Die EU-Strategie befindet sich damit im Einklang mit den beiden oben genannten Strategiedokumenten.

Im Bereich **Prävention** sollen jene Faktoren neutralisiert werden, die für eine Rekrutierung und Radikalisierung durch terroristische Gruppierungen verantwortlich sind. Unter **Schutz**-Aufgaben werden Maßnahmen verstanden, die die Sicherheit der Bürger, der kritischen Infrastruktur, des Transportsystems und der Außengrenzen erhöhen.¹²⁰ Als drittes Arbeitsfeld der EU-Strategie gilt die **Verfolgung** von Terroristen. Diese beinhaltet Aufklärung und Zerschlagung von terroristischen Gruppierungen und Operationen (Planung, Reisen, Kommunikation, Identifizierung von Unterstützern, etc.). Der letzte Arbeitsbereich umfasst die **Reaktion** auf Terroranschläge im Sinne einer solidarischen Gesinnung, um ihre Auswirkungen und Folgen bewältigen zu können.

Die **primäre Verantwortlichkeit** für die Terrorismusbekämpfung liegt bei den einzelnen Mitgliedstaaten, die durch die Möglichkeiten der EU in vier Bereichen ergänzt wird:¹²¹

- **Stärkung nationaler Fähigkeiten,**
- **Förderung der europäischen Zusammenarbeit** (z.B. polizeilicher und justizieller Informationsaustausch),

¹¹⁸ Vgl. Council of the European Union: The European Union Counter-Terrorism Strategy. 14469/4/05. Brüssel, 30. November 2005.

¹¹⁹ Vgl. Council of the European Union: EU Action Plan on combating terrorism. 11882/1/06. Brüssel, 7. September 2006 und The European Union Counter-Terrorism Strategy [Fn 118].

¹²⁰ Vgl. The European Union Counter-Terrorism Strategy [Fn 118], 2005, S. 3.

¹²¹ Vgl. The European Union Counter-Terrorism Strategy [Fn 118], 2005 und Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 16.

- **Entwicklung kollektiver Fähigkeiten** (Verständnis für die Durchführung von gemeinsamen politischen Maßnahmen als Reaktion auf die terroristische Bedrohung mit Hilfe von EURO-POL, EUROJUST, der EU-Grenzschutzagentur (FONTEX) und dem Joint Situation Center (SITCEN),
- **Förderung internationaler Partnerschaften** (Drittstaatenkooperation, IGOs, Fähigkeiten zur Terrorismusbekämpfung stärken).

Um die Umsetzung der Anti-Terrormaßnahmen in **demokratischer Tradition** gewährleisten zu können, obliegt dem Europäischen Rat die politische Verantwortung für die Kontrolle der Maßnahmen. In Ergänzung dazu wird ein hochrangiger politischer Dialog im Bereich der Terrorismusbekämpfung geführt, der den Rat der EU, das EU-Parlament und die Kommission mit einschließt. Folgetreffen der COREPER überwachen die Fortschritte bei der Realisierung der EU-Strategie.¹²²

Für **Daniel Keohane**¹²³ stellen der Europäische Haftbefehl, verbesserter Informationsaustausch und eine Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden etc. zwar Verbesserungen in der EU-Terrorismusbekämpfung dar; dennoch vertritt er die Auffassung, dass die EU heute noch über **keine effektive CT-Strategie** (Counter-Terrorism) verfügt¹²⁴ und nennt für seine Argumentation vor allem **drei Problembereiche**: a) mangelnde Implementierung von Rechtsakten und ihre langsame Umsetzung; b) die EU-Terrorismusbekämpfung verfügt über keine eigenen finanziellen Ressourcen und c) muss man die Zusammenarbeit zwischen zweiter und dritter Säule verbessern.¹²⁵

Als Instrument für die Umsetzung der EU-Strategie dient der **Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung**, welcher die Einzelmaßnahmen – in denen Handlungs- und Verbesserungsbedarf besteht – evaluiert. Er ge-

¹²² Vgl. The European Union Counter-Terrorism Strategy [Fn 118], 2005, S. 5.

¹²³ Daniel Keohane ist Senior Research Fellow am Centre for European Reform in London, Großbritannien.

¹²⁴ Vgl. Daniel Keohane: The EU and Counter-Terrorism. Centre for European Reform. Press Release, London, 20. Mai 2005.

¹²⁵ Vgl. hierzu Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 10.

währleistet die Durchführung von Maßnahmen, die für eine effektive Terrorismusbekämpfung erforderlich sind.

V. 4. Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung

Als Resultat der politischen Bestrebungen der EU – die Bekämpfung des Terrorismus zu forcieren – kann der Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung angesehen werden. Der Aktionsplan wurde im Dezember 2004 – für den **Zeitraum 2005–2010** – vom Europäischen Rat beschlossen und alle sechs Monate aktualisiert. Vor allem die Terroranschläge in Madrid und London haben die europäischen Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus weiter verstärkt. Er stellt eine „**Mängelliste**“¹²⁶ von Maßnahmen dar, die seit 9/11 noch nicht umgesetzt wurden. In seiner letzten aktualisierten Fassung¹²⁷ werden rund **140 Maßnahmen** genannt, die für die Umsetzung der EU-Strategie noch durchgeführt werden müssen. Die im Aktionsplan genannten Maßnahmen werden entlang der vier Arbeitsfelder der EU-Strategie bearbeitet. Damit wird die **horizontale, institutionelle und vertikale Koordination** zur Stärkung der **Kohärenz** in der Terrorismusbekämpfung **ausgebaut**.¹²⁸ Bereits auf Policy-Ebene (z.B. Aktualisierung des Aktionsplans) wird deutlich, dass der Rückgriff auf nachrichtendienstliche Erkenntnisse des **SITCEN** für die Formulierung und Aktualisierung von EU-Politiken eine wesentliche Rolle spielt.¹²⁹ Zahlreiche Arbeitsfelder des Aktionsplans formulieren vor allem im Bereich Schutz und Verfolgung einen **erhöhten Intelligenzbedarf**. Aber auch der Aufbau eines „**general rapid alert systems**“ (**ARGUS**) kann ohne Intelligence kaum funktionieren.¹³⁰

V. 5. Vorläufiges Fazit

Sowohl die politischen Absichtserklärungen wie auch das Maßnahmenpaket zur Terrorismusbekämpfung urgieren **nachrichtendienstliche**

¹²⁶ Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 9.

¹²⁷ Vgl. Council of the European Union: EU Action Plan [Fn 119], 2006.

¹²⁸ Vgl. hierzu Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 9–10.

¹²⁹ Vgl. Council of the European Union: EU Action Plan on combating terrorism. 5771/1/06. Brüssel, 13. Februar 2006.

¹³⁰ Vgl. hierzu Punkt 4.3. des EU Action Plan on combating terrorism. Februar 2006, S. 29.

Koordinierungs- und Kooperationserfordernisse. ESS, Haager Programm, EU-Strategie und der Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung formulieren entweder explizit oder implizit den **Intelligencebedarf** und die **Notwendigkeit zur Verbesserung des Informationsaustausches** zwischen einzelnen EU-Politikfeldern, verschiedenen EU-Institutionen und Akteuren in den drei Säulen und außerhalb des EU-Rahmens sowie der EU und ihren 25 nationalen Politiken.¹³¹ Eine **explizite Bedarfsformulierung** für Intelligence findet sich im Haager Programm, das die Entwicklung eines „**innovativen Konzepts** für den grenzüberschreitenden Austausch von strafverfolgungsrelevanten Informationen“ nach dem Verfügbarkeitsgrundsatz einfordert.¹³² Als Hauptbedingungen für den **Grundsatz der Verfügbarkeit** werden drei Aspekte informationeller Sicherheit angeführt:¹³³

- Informationsaustausch nur zur Erfüllung rechtlicher Aufgaben,
- Integrität auszutauschender Daten muss gewährleistet sein,
- Schutz der Informationsquellen und Vertraulichkeit während der Austauschphase.

Die Forderung europäischer Politiker nach einer **besseren Koordination** und Kohärenz zwischen **innerer und äußerer Sicherheitsdimension** leitet sich aus der aktuellen terroristischen Bedrohungslage ab. Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit wird als „dringlicher denn je“ bezeichnet, wodurch die **Intelligencedimension** in der Terrorismusbekämpfung gestärkt werden muss. Zusätzlicher Intelligencebedarf entsteht bei der Durchführung von gemeinsamen Grenzkontrollen, Kontrollen von Schmuggelrouten und krimineller Netzwerke sowie durch Radikalisierung und Rekrutierung. Auch im Bereich der Biometrie und der Informationssysteme (z.B. **Schengener Informationssystem II** und **Visa-Informationssystem**) ist polizeiliche und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit erforderlich. Darüber hinaus stellt die Fortsetzung und Vertiefung der CT-Zusammenarbeit mit Drittstaaten – hier insbesondere die mit den USA – eine besondere Herausforderung an den nachrichtendienstlichen Bereich dar, weil eine ernstzunehmende euro-atlantische

¹³¹ Vgl. hierzu Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 10.

¹³² Haager Programm [Fn 103], 2005, S. 7ff.

¹³³ Vgl. a.a.O.

Kooperation **konkrete Inhalte** und Maßnahmen beinhalten muss. Fehlende nachrichtendienstliche Fähigkeiten der EU können die transatlantische Zusammenarbeit erschweren, weil insbesondere die USA an einer „**proaktiven**“ **Terrorismusbekämpfung** interessiert sind und weniger an zusätzlichen politischen „Absichtserklärungen“.¹³⁴

¹³⁴ Vgl. hierzu Adam Ward / James Hackett (Hrsg.): Cooperative Intelligence. Reihe: IISS Strategic Comments. Vol. 12, Issue 4, Mai 2006.

VI. Operative Maßnahmen

Unter operativen Maßnahmen werden **konkrete Schritte** (Bildung von Institutionen, Netzwerkstrukturen, Kooperationen, etc.) zur **Umsetzung der politischen und strategischen Vorgaben zur Terrorismusbekämpfung** verstanden, die für die Umsetzung der Zielsetzung „Umfassende Sicherheit“ verantwortlich sind.

Bedeutung und strukturelle Ausformung der Intelligencekooperation haben in den vergangenen (zehn) Jahren einen deutlichen Wandel vollzogen. Während man in einer **ersten Phase** kooperativer Anstrengungen im Zuge der **Balkan-Konflikte** versuchte, rasch gemeinschaftliche Intelligencefähigkeiten aufzubauen (z.B. EUSC und SITCEN) und hierzu auch die entsprechenden politischen Vorgaben und Absichtserklärungen formulierte, veränderten sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für eine europäische Intelligencekooperation nach den Anschlägen vom 11. September 2001 nachhaltig. In dieser **zweiten Phase** traten die Forderungen nach einer **institutionellen Ausgestaltung** der europäischen nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit allerdings in den Hintergrund (Stichwort „**European Intelligence Agency**“, EIA). Sie wurden überwiegend aus politischen Beweggründen (z.B. gegenseitige politische Ressentiments) durch ein „**dreidimensionales Kohärenzmodell**“ abgelöst.

VI. 1. Dreidimensionales Kohärenzmodell

Annegret Bendiek und **Björn Müller-Wille** haben in ihren Studien bereits darauf hingewiesen, dass die Union nach **Artikel 3** und **11** des **Vertrages über die Europäische Union (EUV)** zur Kohärenz und Kontinuität ihrer Politiken und ihres Besitzstandes verpflichtet ist. Damit verzichten die EU-Mitglieder auf Handlungen, die die „Wirksamkeit als kohärente Kraft“ der EU als internationalen Akteur beeinträchtigen könnten.¹³⁵ Als eine wirksame Maßnahme wird die nachrichtendienstli-

¹³⁵ Vgl. hierzu Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 10 und Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union vom 24. Dezember 2002. Online-Dokument <http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002M/pdf/12002M_DE.pdf>, abgerufen am 18.10.06.

che Zusammenarbeit in Europa angesehen, die dem „**Kohärenzansatz**“ folgt, d.h. **horizontal** (politik- und arbeitsfeldübergreifend), **institutionell** (zwischen EU-Behörden und Akteuren der drei Säulen und außerhalb des EU-Rahmens) und **vertikal** (zwischen EU und 25 nationalen Politiken).¹³⁶ **Alle drei Dimensionen** dieser Intelligencekooperation sollten miteinander **vernetzt** werden, um ihre Effizienz und Wirksamkeit zu verbessern. Obwohl die Terrorismusbekämpfung bereits als eine säulenübergreifende Querschnittsthematik in den vier Arbeitsfeldern der EU-Strategie angesehen wird, verhindert die mangelnde **Zusammenarbeit der nachrichtendienstlichen Elemente** in der zweiten und dritten Säule die Herausbildung einer **kohärenten Netzwerkpolitik**. Sie ist allerdings für die Umsetzung der EU-Strategie unbedingt erforderlich. Auch die **ESVP** spielt nach Expertenauffassung eine bedeutende Rolle im Arbeitsfeld „**Reaktion**“ der EU-Strategie, um z.B. unmittelbare Auswirkungen nach einem katastrophalen Terroranschlag bewältigen zu können. So könnten ESVP-Elemente im Rahmen von **Schutzszenarien** zur Anwendung kommen, um z.B. Einsatzkräfte nach terroristischen Anschlägen zu unterstützen.

Nach Auffassung von EU-Experten hat die EU-Strategie die europäische Netzwerkbildung zwar vorangetrieben, allerdings ohne dabei auf die Vergemeinschaftung vorhandener Möglichkeiten abzustellen. Dadurch leidet die **Kohärenz, Effizienz und Sichtbarkeit der EU** als globaler Akteur.¹³⁷ Die Behebung der horizontalen, institutionellen und vertikalen Kohärenzdefizite in Bezug auf die Vernetzung von nationalen Politiken wird als ein längerfristiges Projekt angesehen. Der österreichisch-belgische Vorstoß zur Gründung einer **EIA** (nach dem Vorbild der CIA), die Gründung einer **Generaldirektion für Homeland Security** oder einer **supranationalen Polizei- und Staatsanwaltschaftsbehörde** haben sich aus politischen Gründen nicht realisieren lassen.¹³⁸ Um allerdings die bereits erzielten Erfolge bei der Vernetzung zu festigen, schlägt Annegret Bendiek vor, die **Präventionsthematik** der EU-Strategie als Querschnittsaufgabe in den Vordergrund der europäischen

¹³⁶ Vgl. hierzu Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 10.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 5–6.

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 6.

Terrorismusbekämpfung zu stellen.¹³⁹ Um jedoch eine generelle Vertiefung der Vernetzung nachrichtendienstlicher Elemente zur Terrorismusbekämpfung zu erreichen, wäre eine **Stärkung der vorhandenen Intelligenceinstitutionen** der EU erforderlich. Grundsätzlich entsprechen die existierenden Einrichtungen der zweiten und dritten Säule dem dreidimensionalen Kohärenzmodell. Zusätzliche Behörden sind für eine Vertiefung der Vernetzung im Sinne der Kohärenz nicht notwendig. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Arbeiten wird im folgenden Abschnitt die europäische Intelligencestruktur in ihren Grundzügen beschrieben, um in einem zweiten Schritt ihre Defizite vor dem Hintergrund des Kohärenzanspruches darzustellen.

VI. 2. Intelligencekooperation in der zweiten Säule

VI. 2. 1. Situation Center

Intelligence wird als ein wesentliches Element für die außen- und sicherheitspolitische Gestaltung der EU angesehen, weil politische und strategische Entscheidungen auf der Grundlage nachrichtendienstlicher Erkenntnisse getroffen werden können. Lageberichte, Prognosen, Einschätzungen und Bedrohungsanalysen können den politischen Entscheidungsprozess unterstützen. Das SITCEN – als **zivile Einrichtung im Generalsekretariat des Rates** – übernahm in den vergangenen Jahren die **Produktion von Strategic Intelligence**. Seither liefert das Lagezentrum täglich Situationsberichte über Krisenregionen an den GS/HV und erstellt Bedrohungseinschätzungen für EU-Missionen und Truppen in Konfliktgebieten. Das SITCEN erhält nachrichtendienstliche Informationen von unterschiedlichen Quellen, hierzu gehören: EUMS, nationale Intelligencebehörden, diplomatische Berichte, EUMM, EU Special Representatives, u.a. Das Lagezentrum wird auch als „**Grundpfeiler**“ der **europäischen Intelligencekooperation**¹⁴⁰ angesehen, weil es u.a. die erhaltenen Berichte, Informationen sowie nachrichtendienstliche Erkenntnisse im „*all-source-assessment*“ zu Strategic Intelligence verarbeitet. Die Analyseprioritäten werden in einer „Watchlist“ durch den Rat alle sechs Monate neu festgelegt und an das SITCEN übergeben. Die

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 6.

¹⁴⁰ Vgl. Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 20.

Prioritätenliste umfasst in der Regel bis zu 30 geografische Gebiete, die vom Lagezentrum genau beobachtet werden müssen. Eine weitere Prioritätenreihung erfolgt durch den Generalsekretär, das PSK oder nach Selbsteinschätzung des SITCEN.¹⁴¹ Tatsache ist aber, dass **viele dringende Aufgabenbereiche**, wie z.B. die Proliferationsthematik oder Verifikationsaspekte im Rahmen internationaler Übereinkommen, durch das Lagezentrum **nicht abgedeckt** werden können, weil hierzu die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen fehlen.¹⁴² Allerdings könnte die Union in diesen Politikbereichen eine führende Rolle in der internationalen Politik übernehmen. Hierzu sind allerdings glaubwürdige Verifikationsmechanismen zu installieren, um Vertragsbrüche vorzeitig aufdecken zu können. Das SITCEN umfasst Vertreter der **Intelligence Division (INTDIV)**, der **Policy Planning and Early Warning Unit (PPEWU)** und des **Hohen Repräsentanten**. Kernstück des SITCEN ist die „**Analyseabteilung**“ („Production“), in der vor allem nachrichtendienstliches Personal aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Schweden und den Niederlanden tätig ist. Der Leiter des SITCEN ist dem Hohen Repräsentanten direkt unterstellt. Darüber hinaus verfügt die Institution über einen **vollwertigen nachrichtendienstlichen Produktionszyklus**, in dem neben der Auswertung von klassifizierten nationalen Erkenntnissen und OSINT auch EU-eigene Informationsquellen verwendet werden (EU-Beobachtermissionen und EU-Delegationen). Auch im Bereich der Terrorismusfinanzierung kann durch das Lagezentrum eine fortlaufende Überprüfung und „**zentralisierte Bewertung**“ vorgenommen werden.¹⁴³ Die fertigen Intelligenceprodukte werden primär an folgende **europäische und nationale Bedarfsträger** weitergeleitet: Generalsekretär des Rates, PSK, EUMS, EUMC und PPEWU. Mitgliedsländer und die Generaldirektion für Außenbeziehungen (DG RELEX) erhalten SITCEN-Produkte fallweise über das PSK. Seit Oktober 2005 erfolgt auch mit EUROPOL ein regelmäßiger **Informationsaustausch**.¹⁴⁴

¹⁴¹ Vgl. hierzu Björn Wille-Müller: For our eyes only? [Fn 1], 2004, S. 29–30.

¹⁴² Vgl. ebd., S. 30.

¹⁴³ Vgl. Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 21.

¹⁴⁴ Finnische Ratspräsidentschaft: Abwehr von Terrorismus; die Maßnahmen der EU nach den verhinderten Terroranschlägen im Vereinigten Königreich. Informelles Treffen der Justiz- und Innenminister (Tampere, 20–22. September 2006). Online-

VI. 2. 2. Intelligence Division

INTDIV ist im EUMS angesiedelt und für den Austausch und für die Weiterleitung von **Military Intelligence** im Rahmen der ESVP verantwortlich.¹⁴⁵ Mit etwa dreißig nachrichtendienstlichen Mitarbeitern werden die Fähigkeiten und Intentionen der Akteure eines Konfliktes analysiert. Als **Abnehmer** gelten Rat, Generalsekretär des Rates, SITCEN, EU-Militärkomitee und nationale Behörden.¹⁴⁶ INTDIV analysiert – ähnlich dem SITCEN – aktuelle Krisenherde in all ihren politischen und militärischen Aspekten. Die Konfliktanalysen der INTDIV werden schließlich dem EUMS als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt. Als Teil des EUMS unterstützt INTDIV den strategischen Planungsprozess, der mit der Annahme einer militärstrategischen Option durch die politischen Entscheidungsträger endet.¹⁴⁷ Die Bereitstellung von Intelligence für bestehende EU-Operationen erfolgt nicht durch INTDIV, sondern durch nationale Kanäle direkt an die jeweiligen Operational Headquarter (OPHQ).¹⁴⁸ Der politische und militärische **Erfolg einer EU-Operation** hängt nach Expertenmeinung wesentlich von einer effektiven nachrichtendienstlichen Kooperation der beteiligten EU-Staaten ab. Auch der **Schutz eigener Truppen** kann mit Intelligence maßgeblich verbessert werden. Defizite im militärischen Nachrichtesenwesen beruhen hauptsächlich auf den **begrenzten Ressourcen** und Beschaffungsmöglichkeiten **europäischer Länder** und weniger auf den aktuellen Intelligencestrukturen in der EU. Insbesondere fehlende IMINT-Kapazitäten für operative und taktische Aufgaben sowie HUMINT-Defizite können sich auf eine EU-Operation negativ auswirken.¹⁴⁹ Daher plädieren Experten für die Schaffung zusätzlicher **Kapazitäten** im Bereich der INTDIV.¹⁵⁰

Dokument <www.eu2006.fi/.../vko37/en_GB/1158321201449/_files/75933368163304604/default/fight_against_terrorism_de.pdf>, abgerufen am 30.11.2006, S. 3.

¹⁴⁵ Vgl. hierzu Anna Daun: Intelligence – Strukturen für die multilaterale Kooperation europäischer Staaten. In: *Integration*, Jg. 28, Heft 2, April 2005, S. 136–149 (hier S. 140–141).

¹⁴⁶ Vgl. hierzu: Björn Wille-Müller: For our eyes only? [Fn 1], 2004, S. 23.

¹⁴⁷ Vgl. a.a.O.

¹⁴⁸ Vgl. a.a.O.

¹⁴⁹ Vgl. ebd., S. 24.

¹⁵⁰ Vgl. a.a.O.

VI. 2. 3. EU-Satellitenzentrum

Seit 2002 verfügt das EU-Krisenmanagement über das **EUSC**¹⁵¹, welches dem PSK unterstellt ist. Als Hauptaufgaben des EU-Satellitenzentrums wurden die **Frühwarnung** und die **Krisenüberwachung** bestimmt. Daher produziert und liefert das EUSC IMINT über regionale Krisen- und Konfliktherde, die für die EU kurz- und mittelfristig ein sicherheitspolitisches Risiko darstellen. Insgesamt verfügt das Satellitenzentrum heute über **68 Mitarbeiter** in **fünf Abteilungen** (Bildanalyse, Technik, Geomatik, Verwaltung und Finanzen) und ist damit eine recht kleine Aufklärungseinheit, deren Intelligenzkapazitäten begrenzt sind. So verfügt das Satellitenzentrum über **keine eigenen Aufklärungssatelliten**, sondern kauft benötigte IMINT-Kapazitäten von Privatanbietern zu. Das angekaufte IMINT-Material wird im EUSC für das EU-Krisenmanagement entsprechend aufbereitet und analysiert, um Krisenüberwachung, humanitäre Hilfestellungen, Peacekeeping-Operationen und zusätzliche Sicherheitskontrollen (Grenzraumüberwachung, Verifikationen, etc.) durchführen zu können. Die Erkenntnisse des EUSC werden überwiegend auf der **strategischen Ebene** verwertet, weil für operative und taktische Anwendungsbereiche die erforderlichen Mittel weltraumgestützter Aufklärungsplattformen fehlen.¹⁵² Zu den **Abnehmern** für IMINT zählen das Ratssekretariat, das PSK, der EUMS, die INTDIV, die Generaldirektion für Außenbeziehungen und nationale Bedarfsträger in den Mitgliedstaaten.

¹⁵¹ Vgl. hierzu Webseite des EUSC (<http://www.eusc.europa.eu/>) und Björn Müller-Wille: For our eyes only? [Fn 1], 2004, S. 21–22.

¹⁵² Vgl. hierzu Anna Daun: Intelligence [Fn 145], 2005, S. 138–140.

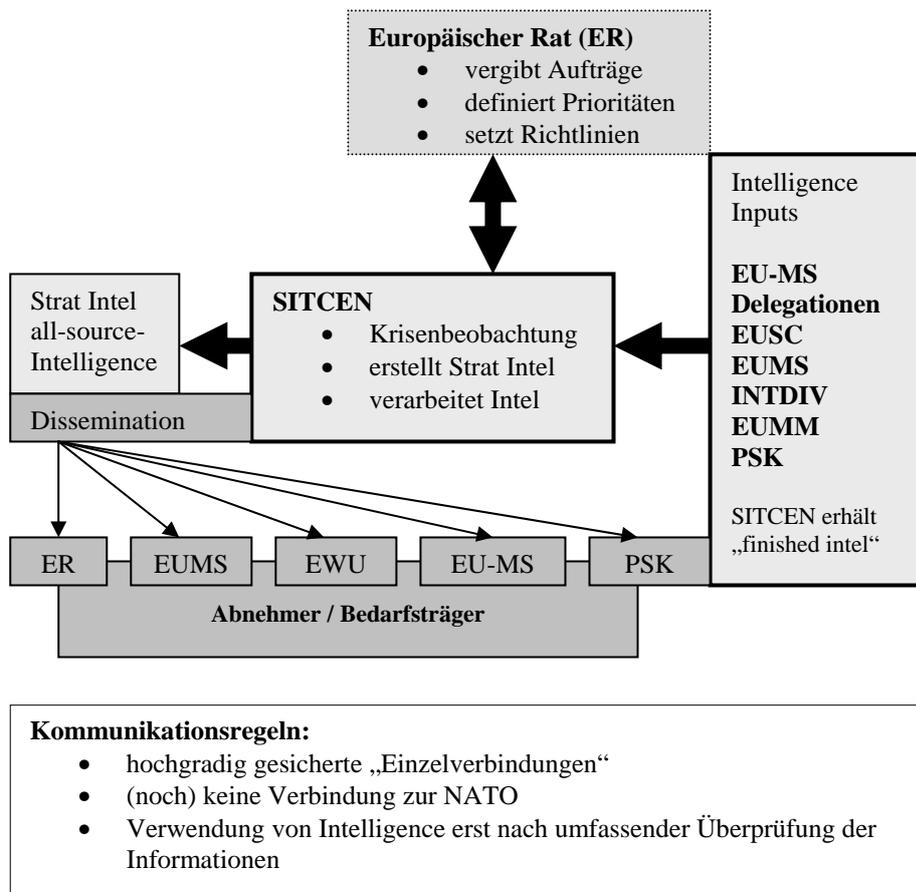
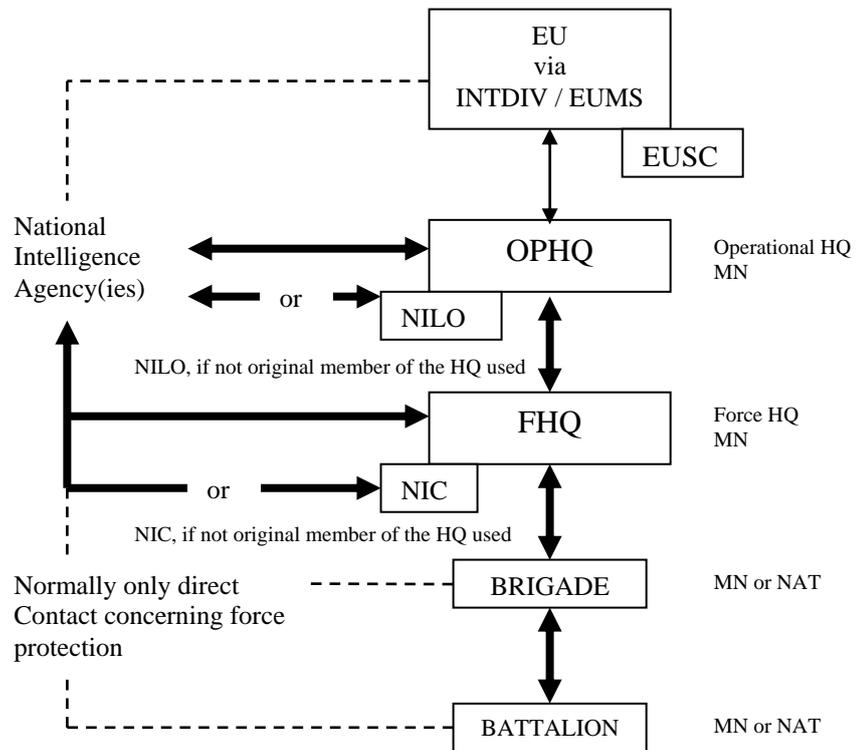


Abbildung 4: Intelligencekooperation in der 2. Säule

Am Beispiel einer militärischen Operation im Rahme der ESVP wird die **komplexe Struktur des nachrichtendienstlichen Informationsflusses** deutlich, die sich aus dem intergouvernementalen Charakter der zweiten Säule ergibt. Die folgende Abbildung von Björn Müller-Wille veranschaulicht die vergleichsweise komplexe nachrichtendienstliche Kooperations- und Koordinationsstruktur für EU-Militäroperationen („intelligence flow“).



NILO ... National Intelligence Liaison Officer
 NIC ... National Intelligence Cell

Abbildung 5: Intelligencekooperation für ESVP-Operationen. Björn Müller-Wille: For our eyes only? 2004, S. 23.

VI. 3. Intelligencekooperation in der dritten Säule

VI. 3. 1. Europäische Polizeibehörde

EUROPOL¹⁵³ koordiniert die **grenzüberschreitende Strafverfolgung** in den Bereichen OK, Terrorismus, Extremismus, Drogenhandel, Schlepperwesen, Geldfälschung, Menschenhandel, Kfz-Diebstahl und Geldwäscheaktivitäten. Nationale Strafverfolgungsbehörden können sich mit der Bitte um Unterstützung bei grenzüberschreitenden Delikten an EUROPOL wenden. Die Unterstützung hängt allerdings von den verfügbaren **Informationen** und der **Bereitschaft zur Zusammenarbeit** mit anderen Ländern ab. In der Regel werden nur besonders **schwerwiegende Straftaten** durch EUROPOL behandelt. Dabei greift EUROPOL auf Verbindungsbeamte und Gemeinsame Ermittlungsteams (so genannte „Joint Investigation Teams“, JIT) zurück.

Ferner erstellt EUROPOL **spezifische Bedrohungsanalysen** (z.B. im Bereich Terrorismus) sowie **Strategic Intelligence** und operative Analysen im Bereich Strafverfolgung. Diese Intelligenceprodukte werden an europäische und **nationale Bedarfsträger** weitergeleitet. Von Sicherheitsexperten wird EUROPOL als eine zusätzliche Einrichtung zur Kriminalitätsbekämpfung angesehen, die auf Informationen aus den EU-MS angewiesen ist. Auch die Vollstreckung von Ermittlungs- und Festnahmebestimmungen obliegt nach wie vor den nationalen Behörden, weil EUROPOL **keine exekutiven Befugnisse** hat. Obwohl strukturelle und institutionelle Defizite den Informationsaustausch erschweren, wird die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Strafverfolgungsbehörden mit EUROPOL als gut bezeichnet. Für die Umsetzung der **Vorgaben des Haager Programms** müsste allerdings der Informationsaustausch im Bereich der dritten Säule weiter verbessert werden:

¹⁵³ Europol beschäftigte im Frühjahr 2004 rund 65 Kriminologen sowie 70 weitere Beamte in verschiedenen temporären Task Forces. Mit den Anschlägen von Madrid reaktivierte die EU die Counter-Terrorist Task Force (CTTF), um eine Zusammenschau der Bedrohungslage erstellen zu können. Mit genauen Hinweisen der CTTF werden nationale Fahndungsbemühungen im terroristischen Umfeld unterstützt. Vgl. Björn Müller-Wille: For our eyes only? [Fn 1], 2004, S. 3–4.

„ ... without the necessary input from national agencies, Europol can rarely make a better assessment than its national counterparts. Therefore it can neither take on the role of an intelligence agency nor act as a clearing house in a satisfactory manner.“¹⁵⁴

Der zentrale Stellenwert von EUROPOL für die nachrichtendienstliche Kooperation in der dritten Säule resultiert vor allem aus ihrer analytischen und koordinativen Funktion (Vgl. Abbildung 6).

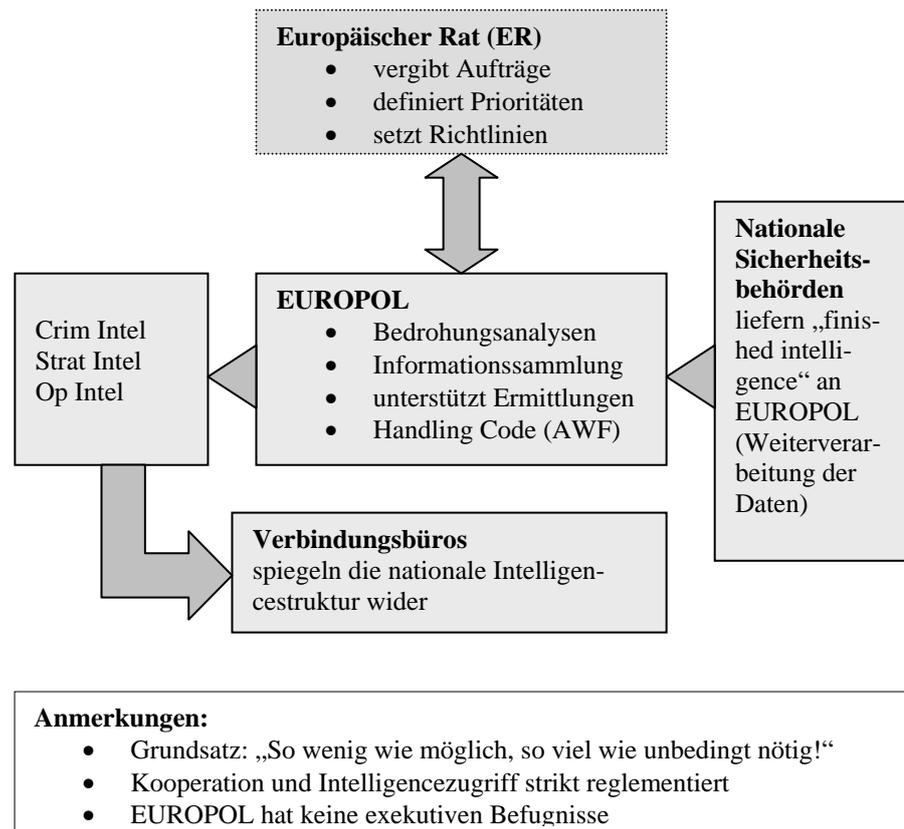


Abbildung 6: Intelligencekooperation in der 3. Säule

¹⁵⁴ Ebd., S. 35.

VI. 4. Defizite

Das Problem der Intelligencekooperation in der EU sind die nationalen **Interessen**, an denen sich die einzelnen EU-MS primär orientieren. Sie sind für die mangelnde innere Kohärenz der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit verantwortlich.

VI. 4. 1. Nationale Interessen und Kooperationsbereitschaft

Der Austausch nachrichtendienstlicher Informationen wird allgemein als eine „**delikate Angelegenheit**“ bezeichnet. Sie ist aber auch ein verlässlicher **Indikator** für die **Kooperationsbereitschaft** in der EU und zwischen einzelnen Staaten. Zwischen den USA und Großbritannien bestehen engste Intelligencebeziehungen im Rahme von **UKUSA 1947**¹⁵⁵, die vielfach als **Qualitätsmerkmal** für die politischen Beziehungen angeführt werden. Das bedeutet aber auch, dass eine Stärkung der EU-Intelligencekooperation von **nationalen Interessen** beeinflusst wird. Daher stellen europäische Absichtserklärungen im Intelligencebereich immer einen politischen Minimalkonsens dar. Auch der **Grundsatz der Verfügbarkeit** repräsentiert einen solchen Konsens, der durch den öffentlichen Druck nach den Terroranschlägen in Madrid und London entstand. Er bezieht sich besonders auf den grenzüberschreitenden Informationsaustausch von strafverfolgungsrelevanten nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und weniger auf politisches und militärisches Intelligence für den strategischen Entscheidungsprozess. Der Grundsatz der Verfügbarkeit ist in einen **strikten Verwendungs- und Verwertungszusammenhang** gestellt, damit steht der Schutz klassifizierter Informationen, Methoden und Quellen im Vordergrund des Informationsaustausches. **Informationssicherheit** wird von modernen Intelligencebehörden als grundlegende **Voraussetzung** für eine umfassendere **Zusammenarbeit** mit anderen Diensten angesehen. Hier wird deutlich, dass der Auf- und Ausbau intelligencespezifischer Strukturen in der EU immer nur in kleinen Schritten erfolgen kann, weil hierfür auch **vertrauensbildende Maßnahmen** zwischen einzelnen Akteuren erforderlich sind. Enge

¹⁵⁵ Vgl. hierzu den Sammelband: David Stafford / Rhodri Jeffreys-Jones (Hrsg.): American-British-Canadian Intelligence Relations 1939–2000. In: Intelligence and National Security. London, 2/2000.

nachrichtendienstliche Zusammenarbeit war und ist auch eine Frage der politischen Positionierung im Sinne einer „**Loyalitätsbekundung**“ gegenüber einem befreundeten Staat (z.B. UKUSA-Abkommen 1947), die sich nur sehr langsam an neue nachrichtendienstliche Kooperationsstrukturen im EU-Zusammenhang anpassen lässt. Nachdem die Intelligencekooperation nach wie vor eine **Angelegenheit von Reziprozität** darstellt, ist es vor allem für kleinere Nachrichtendienste – die „lediglich“ über Regionalexpertisen verfügen – eher schwer, sich im aktuellen Kooperationskontext einzugliedern. Sie könnten von größeren und mächtigeren Intelligenceorganisationen als „Trittbrettfahrer“ missverstanden werden. Aber auch die Gefahr einer „**indirekten politischen Beeinflussung**“ (trojanisches Pferd) – auf Grund von manipulierten Intelligenceanalysen – wirkt sich auf die aktuelle Kooperationsbereitschaft tendenziell negativ aus. Neben den genannten „strukturimmanenten“ Kooperationschwierigkeiten können sprachliche und kulturelle Unterschiede, mangelnde technische Interoperabilität und fehlende Distributionskanäle für klassifiziertes Intelligence die Kooperation nachhaltig beeinflussen. Diese kooperationsbestimmenden Faktoren beeinträchtigen die Umsetzung des Kohärenzmodells.

VI. 4. 2. Defizite der Kohärenz

Die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung innerhalb des Kohärenzmodells ergibt sich aus dem aktuellen Bedrohungsbild. Als Beispiel kann der Terrorismus genannt werden. Nach dem 9/11 wurden bereits neue Methoden, Instrumente und Techniken entwickelt. Diese nachrichtendienstlichen „Reformschritte“ führen zu damit **institutionellen und funktionellen Adaptionen**, die sich im Anwendungsbereich erst **bewähren müssen**.¹⁵⁶ Im Idealfall sollten sie die institutionelle Komponente einer intelligencebasierten Terrorismusbekämpfung komplementieren. **Funktionalität und Effektivität** der europäischen Intelligencekooperation nach dem Kohärenzmodell werden durch die mangelnde Implementierung von Rechtsakten und durch das Fehlen von eigenen finanziellen Mitteln sowie auf Grund unzureichender Kooperation zwischen Innen und Justiz sowie Außen und Verteidigung **behindert**.

¹⁵⁶ Vgl. hierzu The 9/11 Commission Report [Fn 13], S. 399–428.

Auf Grund nationaler Interessen ergeben sich vor allem für die **vertikale Kohärenz Probleme** der Koordinierung und politischen Legitimierung. Derzeit existiert noch kein System, welches die genannten Anforderungen erfüllen könnte. Daher gilt es ein System zu kreieren, in welchem das supranationale Element jene Aufgaben übernimmt, die durch die nationalen Institutionen selbstständig nicht bewältigt werden können. Weiters müsste das supranationale Elemente eine entsprechende Koordinierungsfunktion wahrnehmen.

Die Frage nach dem Mehrwert einer vertikalen Kooperative stellt sich auch in Bezug auf das europäische Krisenmanagement im Rahmen der ESVP (Erfüllung der Petersberg-Aufgaben). Am Beispiel des EUSC erfüllen sich zwar die Bedingungen einer vertikalen Zusammenarbeit, aber die **nationalen Bedarfsträger** sind wegen **defizitären Verarbeitungs- und Analysestrukturen** (noch) nicht in der Lage, die IMINT-Produkte anzuwenden. Außerdem verhindern die kontingenten Strukturen des EUSC eine Vertiefung der nachrichtendienstlichen Austauschprozesse.¹⁵⁷

Als grundlegendes **Problem der horizontalen Vernetzung** in den vier Arbeitsfeldern der EU-Strategie wird eine **mangelnde Abstimmung existierender Instrumente der EU im Bereich der Terrorismusbekämpfung** festgestellt. Daher fordern Sicherheitsexperten eine detaillierte Bestimmung der außen- und innenpolitischen Interessen der EU in den vier Arbeitsfeldern der EU-Strategie. Darüber hinaus mangelt es der EU-Terrorismusbekämpfung an einer **horizontalen Strategieplanung**¹⁵⁸, weil bestehende nationale Anti-Terrormaßnahmen mit der EU-Strategie nur unzureichend koordiniert sind. Auch das **Fehlen einer Leitidee** in der Terrorismusbekämpfung verhindert eine Stärkung der horizontalen Kohärenz. Die deutsche Forscherin Bendiek forciert das Arbeitsfeld **Prävention als Leitidee**, um die Grenzen und Möglichkeiten in diesem Arbeitsfeld zu präzisieren. Ein positives Beispiel für eine funktionierende horizontale Vernetzung ist der **Synergieeffekt**, der sich aus der Abstimmung zwischen der Strategie zur Bekämpfung der Terror-

¹⁵⁷ Vgl. Björn Müller-Wille: For our eyes only? [Fn 1], 2004, S. 33.

¹⁵⁸ Vgl. hierzu Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 6.

rismusfinanzierung (Dezember 2004) und Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung von Terroristen (Dezember 2005) ergab (z.B. konkrete Vorschläge und Maßnahmen an die Politik).

Auch die **europäischen Instrumente** des **auswärtigen Handelns** sind **unzureichend koordiniert**, wodurch politische Reibflächen die institutionelle Kohärenz herabsetzen. Dies wirkt sich nachteilig auf die Umsetzung der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung aus, weil je mehr außen- und innenpolitische Instrumente eingesetzt werden, umso schwieriger ist die Abstimmung zwischen den Instrumenten und ihren politischen Zielsetzungen. Zusätzliche **Koordinationsbemühungen** zwischen Innen- und Justizressorts sowie Außenministerien könnten die **institutionelle Kohärenz** und damit auch die **Effektivität** in der Terrorismusbekämpfung wesentlich verbessern. In diesem Zusammenhang sollten die Ständigen Vertreter (AStV), der Generalsekretär des Rates und das SITCEN institutionell gestärkt werden.¹⁵⁹

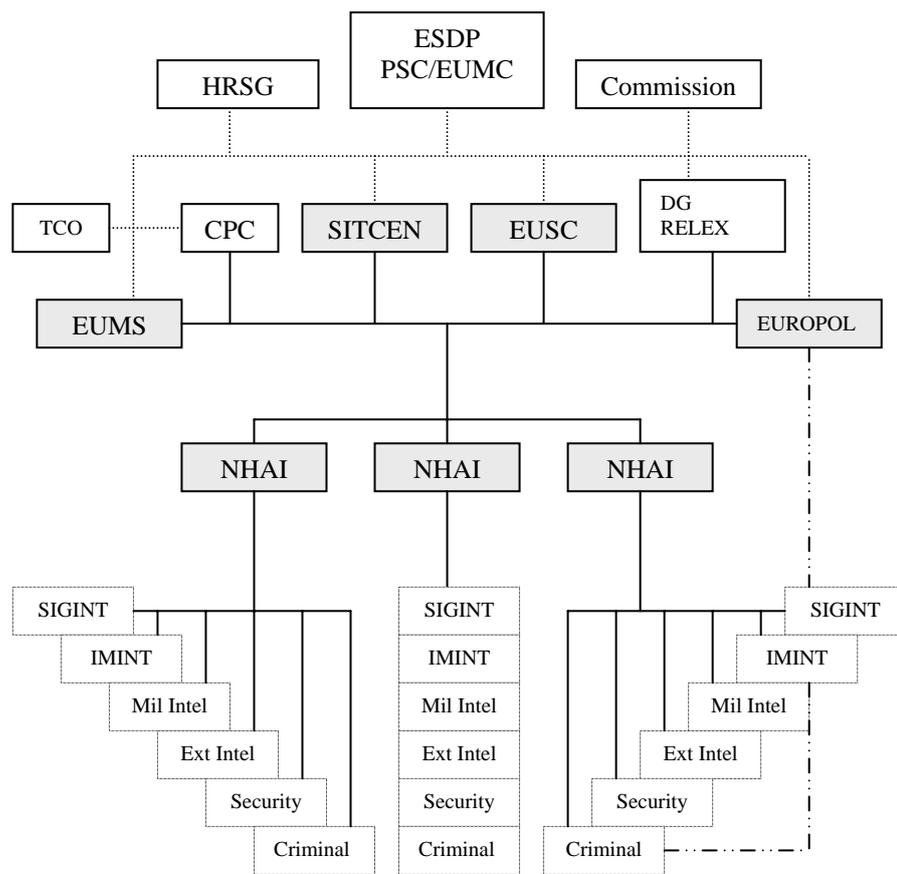
Insbesondere für den Bereich der ESVP werden von **Müller-Wille vier Problemfelder** der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit hervorgehoben, die sich nicht nur auf das Kohärenzmodell, sondern auch auf die operativen Fähigkeiten militärischer Elemente nachteilig auswirken können: a) fehlende technische **Beschaffung**, b) mangelnde Fähigkeiten für zivile und militärische **Schutzaufgaben** (z.B. „force protection“), c) **unzureichende Kapazitäten** des Lagezentrums (z.B. Erstellen von Strategic Intelligence) und d) mangelnde **Verifikationsfähigkeiten** internationaler Abkommen (z.B. „non-proliferation policy“).¹⁶⁰ Diese Problemfelder des europäischen Intelligencebereiches lassen sich auf den intergouvernementalen Charakter der GASP zurückführen. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit liegt nämlich nicht bei der EU, sondern nach wie vor bei den einzelnen Mitgliedstaaten.

¹⁵⁹ Vgl. Annegret Bendiek: Die Terrorismusbekämpfung [Fn 1], 2006, S. 6.

¹⁶⁰ Vgl. Björn Müller-Wille: For our eyes only? [Fn 1], 2004, S. 30–31.

VI. 5. Möglichkeiten zur Optimierung

Die wesentlichen **Optimierungsbereiche** des nachrichtendienstlichen Informationsaustausches betreffen vor allem die **horizontale und institutionelle Kohärenzdimension**. Zur Optimierung der vertikalen Kohärenz wären grundlegende Veränderungen vorhandener nationaler und europäischer Einrichtungen notwendig, die aus politischen Gründen nicht umsetzbar wären (z.B. EIA). In Bezug auf die horizontale Optimierung wäre die Formulierung einer **europäischen Bedrohungsanalyse** in Form von Strategic Intelligence vorzusehen. Anhand dieser europäischen Bedrohungsanalyse könnten bestehende nationale Politiken und Institutionen besser koordiniert werden. Diese optimierte Koordinierung nationaler und europäischer Politiken erfordert allerdings eine **institutionelle Adaption** in der bestehenden Kooperationsstruktur. Sie müsste – nach Auffassung von Müller-Wille – um eine **nationale Koordinierungsstelle** („National High Authority of Intelligence“, NHAI) im Rahmen eines „**European Intelligence Communication Network**“ (EICN) ergänzt werden (Vgl. hierzu Abbildung 7, S. 76). Durch die institutionelle Erweiterung der derzeitigen europäischen Kooperationsstruktur kann auch das „**Koordinierungsdilemma**“ der Politiker gelöst werden. Sie sind heute nationalen und europäischen Interessen gleichermaßen verpflichtet, die sich jedoch aus politischen Gründen widersprechen können (z.B. parteipolitische und / oder institutionelle Interessen, Wahlkampf, etc.). Die Optimierung der horizontalen und institutionellen Kohärenz würde dann auch europäischen Interessensdivergenzen zwischen den einzelnen EU-MS vorbeugen.



- The European Intelligence Communication Network
- Dissemination/Reports to EU decision-makers
- - - - - Other forms of communication

Abbildung 7: European Intelligence Communication Network. Björn Müller-Wille: For our eyes only? 2004, S. 42.

Durch das EICN könnte die nachrichtendienstliche Kommunikationsbasis erweitert werden, wodurch die Kooperation zwischen den Diensten gestärkt würde. Revolutionäre Veränderungen im nachrichtendienstlichen Kommunikationsverhalten zwischen den EU-Einrichtungen und einzelnen Mitgliedstaaten sollten allerdings nicht erwartet werden. Experten sprechen vielmehr von **zusätzlichen Kommunikationskanälen**, die den Informationsfluss verbessern könnten.¹⁶¹ Damit würde die Union einer impliziten Verteilungspraxis nachrichtendienstlicher Informationen (Need-to-Share) entsprechen, wovon vor allem die horizontale Kohärenz profitieren könnte. Zu den **wesentlichsten Vorteilen** eines EICN zählen folgende intelligencerelevante Aspekte:

- Verbesserung der Bedrohungseinschätzungen,
- Ausweitung der Krisenfrüherkennung, Konfliktbeobachtung und Lagebilderstellung,
- Unterstützung von gemeinsamen politischen und militärischen Aktionen und Operationen,
- Verbesserung der EU-internen Koordinierung und Vertiefung der horizontalen Kohärenz im Bereich der GASP/ESVP.

Hinsichtlich der technischen Machbarkeit bei der **Umsetzung** des EICN könnten die europäischen Experten auf US-amerikanische Modelle zurückgreifen, z.B. auf das „US Defense Information Systems Network“ (DISN) und „Joint Worldwide Intelligence Communications System“ (JWICS). Aber auch die NATO verfügt über ein eigenes System, um sensible und klassifizierte Informationen an ihre Allianzmitglieder sicher übermitteln zu können.¹⁶² Die bereits erwähnte nationale Koordinierungsstelle fungiert hier als Schnittstelle zwischen der nationalen und europäischen Ebene, die gleichzeitig, ähnlich dem „Joint Intelligence Committee“ (JIC) funktionieren könnte. Die NHAI wäre demnach für die Kooperation und Koordinierung mit dem EICN verantwortlich. Somit können die einzelnen EU-MS über den Umfang und Inhalt ihrer Informationen – die für das EICN bestimmt sind – entscheiden. Als zusätzliche Funktion des EICN sollte auch eine Schnittstelle mit den USA und

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 40.

¹⁶² Vgl. ebd., S. 42.

Kanada installiert werden, um dem umfassenden Sicherheitsanspruch in der Terrorismusbekämpfung zu entsprechen.¹⁶³

Die **Anstrengungen zur Optimierung** der europäischen Intelligencekooperation können teilweise auch auf Erfahrungen der **US-Nachrichtendienste** zurückgreifen, um systemimmanente Schwachstellen kooperativer Strukturen in der Zukunft vermeiden zu können: Der Untersuchungsbericht über die Terroranschläge vom 11. September 2001 stellt fest, dass die dem Menschen **immanente, systematische Zurückhaltung** beim Teilen von Informationen mit anderen die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Anti-Terroroperation verringert hat, weil vorhandene Erkenntnisse und Daten nicht als intelligencerelevante Informationen eingestuft wurden. Daher konnte die **Intelligence Community** z.B. Visainformationen über islamistische Extremisten nicht entsprechend verarbeiten und zusammenführen. Daher sollten in Zukunft bedrohungsrelevante Informationen nicht nur mehr auf der Basis von **Need-to-Know**, sondern verstärkt auf der Grundlage eines inklusiven Informationszuganges erfolgen. Experten erwarten sich dadurch einen höheren Informationsfluss und eine verbesserte Kommunikation zwischen den Nachrichtendiensten. Die **Vernetzung von Expertenwissen** steht dabei ganz oben auf der Prioritätsliste der US-amerikanischen Intelligencebehörden.¹⁶⁴ Diese Prämisse der Vernetzung sollte auch für die EU in Form einer **verbesserten horizontalen Zusammenarbeit** gelten, um mit Hilfe einer **kohärenten Netzwerkpolitik** die Terrorismusbekämpfung säulen- und arbeitsfeldübergreifend gestalten zu können.

¹⁶³ Vgl. hierzu ebd., S. 43–44.

¹⁶⁴ Vgl. hierzu The 9/11 Commission Report [Fn 13], S. 417.

VII. Schlussbetrachtung

Die heutige **geopolitische Situation** ist wesentlich von der **Globalisierung** gekennzeichnet. Vor allem technologische Innovationen veränderten das „Weltbild“ und zwar in politischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Daher wird heute vielfach davon gesprochen, dass die „**Welt zum Dorf**“ geworden ist. Auf Grund der Globalisierung und der damit verbundenen negativen politischen und ökonomischen Folgekosten brechen immer wieder neue Konfliktlinien auf. Dadurch ist die Weltgemeinschaft mit einem völlig neuen, **nichttrinitarischen Konfliktszenario** konfrontiert. Aus diesem nichttrinitarischen Konfliktszenario kristallisierten sich die **neuen Bedrohungen** für die EU heraus. Die neuen Bedrohungen und ihre Hauptakteure stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang zueinander, wodurch sie alle Vorteile einer globalisierten Welt nutzen können (z.B. Informationstechnologien, Logistik und Transport etc.). Der „**Vernetzungsgedanke**“ wird besonders im Bereich des Terrorismus deutlich, auf den sich diese Arbeit im Besonderen konzentriert. Einhergehend mit den weltpolitischen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges kam es auch in Europa zu einer regelrechten **Integrationsbewegung**, mit der die EU geschaffen wurde. Diese integrationspolitische Bewegung in Europa ist noch recht jung, wodurch die vielen historischen und kulturellen Probleme der einzelnen Mitgliedsländer nicht ignoriert werden dürfen. Die EU entwickelt sich langsam zu einem „supranationalen Staat“ – aber noch ist es nicht so weit, weil **nationale** den **europäischen Interessen** vorgezogen werden. Als supranationale Organisation übernimmt die EU bereits heute eine Vielzahl an Aufgaben im außen- und sicherheitspolitischen Feld, wozu sie ihre eigenen Institutionen verwendet. Die **Koordinierung** von europäischen und nationalen Agenden stellt eine große politische Herausforderung dar. Zur Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit benötigt die EU entsprechende Institutionen, die die Abstimmung zwischen den europäischen und nationalen Interessen vornehmen. Der **Informationsaustausch** zwischen europäischer und nationaler Ebene ist hier ein zentrales Element. Insbesondere der Austausch von Intelligenceanalysen ist für die Aufrechterhaltung der **Sicherheit und Freiheit** in Europa wichtig.

Das Konzept der **Umfassenden Sicherheit** verlangt nach effektiven Mechanismen und Maßnahmen zur Bekämpfung der neuen Bedrohungen. Um effektiv gegen die neuen Bedrohungen vorgehen zu können, bedarf es einer kohärenten Netzwerkpolitik zur Umsetzung des umfassenden Sicherheitskonzeptes – Sicherheit nicht nur nach realistischer und traditioneller Auslegung, sondern auch darüber hinaus. Dabei ist der Aspekt des Gegensatzes zwischen **Sicherheits- und Freiheitsanspruch** demokratischer Gesellschaften besonders hervorzuheben. Experten vertreten in diesem Zusammenhang die Auffassung, wonach ein erweiterter Intelligencebereich der EU einer **parlamentarischen Kontrolle** zugeführt werden müsste, um vor allem die demokratiepolitische Legitimation der Einrichtungen zu stärken. Im Zentrum der parlamentarischen Kontrolle sollte dabei die effektive Ausgestaltung der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit stehen. Ein solches Gremium könnte auch die **Kooperationsbereitschaft** in den einzelnen EU-MS erhöhen.¹⁶⁵

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der vorliegenden Bestandsaufnahme für das Jahr 2006 lässt sich eine grundsätzliche **Neugestaltung** der europäischen Intelligencestruktur **ausschließen**, weil die **existierenden Ansätze als Basis für die Herausbildung eines kollektiven Netzwerkes** fungieren können. Allgemeine Kooperationshemmnisse und die strukturellen Leistungsdefizite im Bereich der horizontalen, vertikalen und institutionellen Kohärenz bestehender Einrichtungen lassen sich durch eine **verbesserte Koordinierung und Bedarfsabstimmung** sowie durch eine höhere **Informationssicherheit** minimieren. Überlegungen hinsichtlich einer säulen- und arbeitsfeldübergreifenden Netzwerkpolitik für eine effiziente und effektive Intelligencekooperation sollten die aktuellen politischen Voraussetzungen berücksichtigen. Modelle verbesserter Kooperationsstrukturen berücksichtigen zwei wesentliche **Faktoren**: Erstens kann ein Ameliorationsansatz lediglich **Modifikationen** auf der Grundlage **existierender Strukturen** anbieten und zweitens ist darauf zu achten, dass die Entwicklung kollektiver Netzwerkfähigkeiten im Intelligencebereich bestehende Strukturen nicht behindert.¹⁶⁶

¹⁶⁵ Vgl. Björn Müller-Wille: For our eyes only? [Fn 1], 2004, S. 40.

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 37.

Mit Hilfe der **ESS** und des **Haager Programms** wird die Konkretisierung des umfassenden Sicherheitskonzeptes der EU angestrebt. Die Hauptaussage der EU-Strategien ist hierbei: **Netzwerke gegen den Terror** durch Vernetzung nationaler Sicherheitspolitiken – vor allem in den Bereichen Prävention und Schutz. Die Umsetzung dieser Strategien erfolgt durch **operative Maßnahmen** in der zweiten und dritten Säule. Die europäischen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung erfordern in erhöhtem Maße die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste. Das **Kohärenzmodell** versucht, die vorhandenen rudimentären Netzwerkstrukturen im Intelligencebereich entlang von horizontalen, vertikalen und institutionellen Vorgaben zu verbessern, um die effektive Umsetzung von Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sicherzustellen. Die nationalen Regierungen sind insbesondere in der Terrorismusbekämpfung auf den „Mehrwert“ der europäischen Koordinierung von Maßnahmen und Agenden angewiesen.

In der zweiten Säule werden von **Javier Solana** Anstrengungen unternommen, um das SITCEN verstärkt in die Terrorismusbekämpfung und das europäische Krisenmanagement einzubinden. Ein **erhöhter Intelligencebedarf** ergibt sich hier auf Grund der Anforderungen zur Durchführung der Petersberg-Aufgaben. Der erforderliche Intelligencebedarf für das Krisenmanagement wird durch nationale und europäische Intelligencebeiträge (z.B. INTDIV) abgedeckt. Ein **glaubwürdiges europäisches Krisenmanagement** benötigt genaue Lagebilder und Konfliktanalysen, die schließlich für die Planung und Durchführung von Operationen verwendet werden können.¹⁶⁷ Obwohl die EU in den vergangenen Jahren den Intelligencebereich sukzessive gestärkt hat, bleiben die erzielten Erfolge nach den Balkan-Kriegen und terroristischen Anschlägen hinter den Erwartungen einiger wissenschaftlicher Experten zurück. Dagegen konstatiert der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, **Gijs de Vries**, eine „**signifikante Zunahme**“ in der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit. Als konkrete Beispiele nennt er die **Gemeinsamen Ermittlungsgruppen** auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Strafverfolgung, den **Europäischen Haftbefehl** und Aktionen gegen die

¹⁶⁷ Vgl. Gerrard Quille: “Battle Groups” to strengthen EU military crisis management? In: European Security Review. Brüssel, April 2004, S. 1–2.

internationale **Geldwäsche**.¹⁶⁸ Die Forderung nach einer Vergemeinschaftung des Intelligencebereiches bleibt aus politischen Gründen jedoch unerfüllbar. Daraus könnten sich bei der Prävention terroristischer Gewalttaten allerdings gravierende Nachteile ergeben, weil **Radikalisierung und Rekrutierung** mittlerweile nicht mehr lokale, sondern primär internationale Phänomene sind.

¹⁶⁸ Rede von Gijs de Vries: ESDP: the next five years. Brüssel, 10. September 2004.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

ACIPSS	Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
ARGUS	General Rapid Alert System
AWF	Analytical Working Files
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BVT	Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
CBRN	chemische, biologische, radiologische und nukleare Substanzen oder Kampfmittel
CI	Counterintelligence
CIA	Central Intelligence Agency
CIVCOM	Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements
CIS	Center for the Study of Intelligence
COREPER	Comité des représentants permanents
CPC	Central Point of Contact
Crim Intel	Criminal Intelligence
CSM	Centrum Stosunkow Miedzynarodowych (Center for International Relations, Polen)
CT	Counter-Terrorism
CTTF	Counter-Terrorist Task Force
DCAF	Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces
DG RELEX	Generaldirektion für Außenbeziehungen der EU-Kommission (DG External Relations)
DISN	US Defense Information Systems Network
EICN	European Intelligence Communication Network
ER	Europäischer Rat
ESS	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union

EUFOR	EU Stabilisation Force
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU-ISS	Institut für Strategische Studien der EU
EUMC	European Union Military Committee
EUMM	European Union Monitoring Mission
EU-MS	EU-Mitgliedstaaten
EUMS	EU-Militärstab
EUROJUST	Europäische Justizbehörde
EUROPOL	Europäische Polizeibehörde
EUSC	European Satellite Center, Spanien
EUV	Vertrag über die Europäische Union
Ext Intel	External Intelligence
FONTEX	EU-Grenzschutzagentur
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GS/HV	Generalsekretär und Hoher Vertreter der GASP
GWOT	Global War on Terrorism
HUMINT	Human Intelligence
HRSG	High Representative for the Common Foreign and Security Policy, Secretary-General of the Council of the European Union
HQ	Hauptquartier
IFK	Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
IGO	International Governmental Organisation
IMINT	Imagery Intelligence
INTDIV	Intelligence Division (EU-Militärstab)
ISS	Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
IWF	Internationaler Währungsfond
JIC	Joint Intelligence Committee
JIT	Joint Investigation Teams
JWICS	Joint Worldwide Intelligence Communications System
LJMU	Liverpool John Moores University (Großbritannien)
LVAk	Landesverteidigungsakademie
Mil Intel	Military Intelligence
MN	Multinational
MVW	Massenvernichtungswaffen

NAT	National
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NCTC	National Counterterrorism Center
NGO	Non-Governmental Organisation
NHAI	National High Authority of Intelligence
NIC	National Intelligence Cell
NILO	National Intelligence Liaison Officer
OK	Organisierte Kriminalität
OPHQ	Operational Headquarter
Op Intel	Operational Intelligence
OSINT	Open Source Intelligence
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PMF	Private Military Firm
PPEWU	Policy Planning and Early Warning Unit
PRT	Provincial Reconstruction Team
PSK/PSC	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
RADINT	Radar Intelligence
RIC	Real Intelligence Cycle
RIEAS	Research Institute for European and American Studies
Sec Intel	Security Intelligence
SFOR	Stabilisation Force
SIGINT	Signals Intelligence
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
SITCEN	Joint Situation Center
Strat Intel	Strategic Intelligence
TCO	Third Countries Organisations
TherMilAk	Theresianische Militärakademie
UKUSA	Abkommen zwischen Großbritannien und USA
UNO	United Nations Organisation
WEU	Westeuropäische Union
WTC	World Trade Center, USA